

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Ergebnisse des Reichstags-Dresden.
Bundesrepublik: Sammelnummer 25 241
Preis für Nachdruckpreise: 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Abrechnung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 500,-
Einzelnummer M. 50,- Sonnabendausgabe M. 40,-
Die Tageszeitung kostet beide Teile M. 71,- außerhalb Sachsen M. 100,- Sammeln
ausland und Auslandssache unter Wert 100,- haben weitere Kosten M. 10,- 10,-
Botschaftliche Postkarte kostet M. 10,- Zusatz für Kurzpost einen Vorzugsabzug.

Geschäftsräume und Sammelabholstellen:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Uhlrich & Reichenbäck in Dresden.
Postleitzahl-Kenn 1068 Dresden.

Wiedruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ zulässig. - Unterstrichene Seiten müssen nicht aufgeschlagen werden.

Establishment I. Rungen - Original amerik. Bar
ausklappbare warme und kalte Küche

Excelsior Diele

Seestraße 7

Kassette Jausa Lakatos, ungar. Kopfsteinpflaster, u. Cymbalritus
zum 3-Uhr-Tee und abends

Altenberg Sport-Hotel im Erzgebirge
Altes Amtshaus und Amtshof

Erfolgreiche Zimmer - Zentralheizung - Auto-Garage
Gute Küche - Preisklasse Weine

Tel.: Amt Lauenstein 9 Bes. W. Hecker

Trinkt
Radeberger Pilsner

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden-U.
Prager Straße 23

England im Streit um die Holzlieferungen.

Die englische Regierung für wirtschaftlich
unvhödliche Garantien.

Signer Drachbericht der Dresden Nachrichten

London, 28. Dez. Die offizielle Erklärung der Reparationskommission in Bezug auf eine zuverlässige Lieferung der Holzlieferungen durch Deutschland übernahm in London. Der Pariser Korrespondent des "Daily Telegraph" gibt ausdrücklich Bradburns Meinung wieder, indem er darlegt, daß die für die Holzlieferungen wesentlich gefrorene Abschaltung verhindert wurde, die Erklärung der Reparationskommission nicht rechtfertige. Die tatsächliche Absicht des französischen Schatzhauses wird natürlich durchschaut. Leider besteht ohnehin, wie berichtet wird, kaum mehr die Möglichkeit, daß die englische Regierung nicht den gesuchten Weg des Kompromisses durch Schaffung eines Probevertrages mit dem Drohung der Sanktionen zu betreten bereit ist. Die englische Politik scheint lediglich bestrebt zu sein, die Garantien so weit einzuschränken, daß während der Probezeit wirtschaftliche Radikale auf das Moratorium schränkt werden und der Zweck des Moratoriums nicht erreicht sowie die politische Neutralität im Sinne Dariots zunächst aufgehoben wird. Deutlich der Details liegen widersprüchliche und unzulängliche Verträge vor. Angeblich soll von englischer Seite die Formulierung von Gegenvorschlägen auf das tatsächlich vorgestellte Programm Princards erfolgen. Bedenkt wird, daß französische Seite bisher kein Kompromisvorstellung vor.

Die Voraussetzung für Englands Beteiligung an Strafmahnahmen.

London, 28. Dec. Wie der politische Korrespondent des "Daily Mail" erichtet, hatte Bradburn, der nach der gestrigen Meldung der Reparationskommission nach London abgereist war, nebst einer Besprechung mit Bonar Law am 28. Dec. am Tag darauf festgestellt, daß der Besuch Bradburns in London bereits einige Zeit vor der Sitzung der Reparationskommission vereinbart worden war. Bradburn werde Ende dieser Woche nach Paris zurückkehren. Bonar Law werde am Sonntag ebenfalls nach Paris reisen, um an der vorgesehenen Konferenz der alliierten Premierminister teilzunehmen. Es sei noch nicht bekannt, wer Bonar Law begleiten werde. Ende dieser Woche werde eine Kabinettssitzung stattfinden, welche die britische Politik festlegen sollte. Wenn die Atmosphäre der Konferenz günstig sei, so werde Bonar Law in der Lage sein, einen britischen Plan für die Verhandlungen mit Deutschland vorzulegen.

Die britische Obersichtlichkeit gegen Sanktionen.

London, 28. Dec. Die "Times" führt in einem Beitrag über die britische Auffassung bezüglich der Reparationsu. a. aus: Anscheinend bestimmt die französische Regierung, die Entscheidung der Reparationskommission für die bevorstehende Konferenz zu benötigen. Die britische öffentliche Meinung sei jedoch nicht bereit, die Reparationsfrage vom Standpunkt der Anwendung von Sanktionen und Garantien zu betrachten. Die interalliierte Konferenz könne tatsächlich nur erfolgreich sein, wenn die Frage der Sanktionen und Garantien für den August 1923 in den Hintergrund gestellt würde. Die deutsche Regierung und die deutschen Industriellen müßten in eine Zone verkehren, in der sie jeden Anspruch haben würden, sich erheblich und für einen langen Zeitraum dem Verlust der Stabilisierung der Wirtschaft und der Ausspeisung des Budgets zu widersetzen. Da sie in ihrem angestrebten ungeraden Zustand keine regelmäßigen Reparationszahlungen leisten könnten, müßte ihnen ein Moratorium gewährt werden, allenfalls zu dem Zwecke, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Während des Moratoriums müßten die deutschen Finanzen einer allgemeinen Überprüfung unterworfen werden. England sei vollkommen für eine vernünftige wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems. Es gebe aber keinen Teil der offiziellen Meinung, der anzumelden wolle, daß die britische Regierung im augenblicklichen Stadium Anwandnahmen unterstellt, die nur jede Lösung auf eine allgemeine Übung zum Scheitern bringen könnten.

Die Republik ganz unter sich.

Paris, 28. Dec. "Chicago Tribune" stellt fest, daß in der Sitzung der Reparationskommission am Dienstag, in der die Frage der Holzlieferungen behandelt wurde, keiner der amerikanischen offiziellen Vertreter bei der Kommission anwesend war. Logan und Vanden besaßen sich in der Schweiz. Das dritte Mitglied der amerikanischen Delegation Dodge sei zurzeit in Washington. (W. T. B.)

Ententeschikanen als Grund der deutschen "Versehlung".

Fruchlose Lieferungsmühen der Reichsregierung.

Amtliche deutsche Mitteilungen über die Holzlieferungen Berlin, 28. Dec. Au der von der Republik am 26. Dezember 1922 getroffenen Entscheidung hinsichtlich der Holzlieferungen 1922 erfahren wir von amtlicher Seite folgendes: Der deutsche Regierung in vor der Republik Gelegenheit geboten worden, ihre Aussicht zu der Frage der Sicherstellung der Holzlieferungen in einer Sitzung am 2. Dezember in Paris zur Kenntnis zu bringen. Von den deutschen Vertretern wurde anscheinlich dieser Verhandlungen folgende Erklärung abgegeben: Am 6. Dezember 1922 erhielt die deutsche Regierung auf mehrfache Anfragen die erste vorläufige mündliche Mitteilung über die voransichtlichen Anforderungen der alliierten Länder. Obwohl eine formelle Anforderung der Reparationskommission noch nicht vorliegt, hat der Reichskommissar bereits am 15. Dezember 1922 mit Vertretern der Staatsforsten und des privaten Waldbesitzes sowie den Sachverständigen die Ausbringungsmöglichkeit geprüft. In der Sachverständigen-Begegnung mit der Reparationskommission am 10. Januar 1922 gab Frankreich seine Erfüllungsforderung nicht bekannt. Die Protokolle über die Sitzung mit den Spezifikationen gingen dem Reichskommissar erst Ende Januar zu und bedurften noch mehrerer Nachfragen. Die endgültigen Forderungen sind der deutschen Regierung erst am 31. März und über die englischen Lieferungen am 28. April ausgangen.

Es gelang nach zahlreichen Bemühungen schließlich, Holzlieferungen überhaupt auf den Weg zu bringen. In diesen Lieferungen trat infolge der im Monat Juni beginnenden starken Senkung der Mark jedoch ein schwerer Rückgang ein, der alle Berechnungen über den Haufen warf und die Lieferungen zum Stocken brachte. Der Reichskommissar hatte seine sämtlichen Verträge in Papiermark abgeschlossen.

Infolge des Sturzes der Mark konnten die Lieferanten mit den Vertragspartnern weder den laufenden Rohstoffbedarf, noch ihre Betriebskosten, insbesondere die Wöhne und Transportkosten, decken und gingen bei Durchführung der Verträge dem Minen entgegen. Sie stellten daher die Lieferungen ein. Der Reichskommissar versuchte anfangs, offizielle Lieferungen zu erwingen, und schritt zur Entgeltnahme greifbarer Vorräte. Weitere Hemmungen traten durch die Handhabung der Abnahmesbestimmungen ein. In zahlreichen Fällen stellten die Abnahmeverträge der alliierten Länder schwere Anforderungen

gen, als nach den Kommanden oder Protokollen vorgesehen waren. Meingleich auf die Vorstellungen der deutschen Regierung diese Unvereinbarkeit abgestellt wurden, so brachten diese Fälle doch Zeitverlust und Transportkosten mit sich. Die betroffenen deutschen Lieferanten weigerten sich auch, die Lieferungen unter diesen prototypischen Bedingungen fortzuführen, und sagten teilweise ihre Angebote zurück. Es stellte sich heraus, daß die Forderungen der alliierten Väter aus Loggien und Abmachungen unter Bedingungen, wie sie in Deutschland nicht möglich sind, von der deutschen Sägeindustrie als erhebliche Erschwernisse empfunden wurden. Die von den Lieferanten als solche empfundene Art der Abnahme erschwerte dem Reichskommissar die Ausbringung des Holzes erheblich.

Von zum 15. November d. J. wurde der Schwellenbedarf für Belgien vollkommen sicherstellt und die Schnittkohlelieferungen für Frankreich ausgetragen. Die für England vorgesehene Probefolieferung von 10.000 Kubikmeter wird bis Ende 1922 erfüllt sein. Die außerdem vereinbarten 70.000 Schwellen sind bereits abgelaufen. Bei den Telegraphenfragen waren wegen der von den alliierten Ländern geforderten Abmessungen, die eine sofortige Auslieferung in Deutschland handelsüblichen Material erfordern würden, Angebote nur in geringen Quantitäten zu erlangen. Wegen der strengen Importunterschreitungen konnte ein großer Posten bereits gefärbter Holz nicht zur Ablieferung gebracht werden. Bei Grubenholz im März in türke Stempel umgeändert zur Erzeugung muß der am 1. Oktober 1922 benommene neue Einschlag benutzt werden. Die Lieferung wird vorbehaltlich für die bestellten unveränderten Mengen bis Ende 1922 fristgemäß durchgeführt werden. Für den Reichsbetrag von 55.000 Kubikmeter für die Schnittkohlelieferung für Italien ist bereits ein Betrag von 30.000 Kubikmeter mit Genehmigung der italienischen Regierung angesetzt worden. Nachdrücklich verlangte aber der italienische Abnahmevertrag eine Aenderung der vorberechneten Abnahmemöglichkeiten und ließ sie bei anderen Lieferungen nicht vorgesehene Bedingungen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Dollar (Amtlich): 7570
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7700

Neubildung von Bundesstaaten und Parteipolitik.

Es ist erstaunlich, was alles in Deutschland in den Rahmen des Programms der Parteipolitik gebracht wird. Manche Dinge erinnern den einfach gehenden Menschenverstand derartig überparteilich, daß er sie eine andere als lachende Behandlung gar nicht vornehmen kann. Ein so verblüffender wirkt es dann, wenn plötzlich die parteiliche Verantwortlichkeit sich auch solche Angelegenheiten bezieht und so den Beweis liefert, daß es bei uns an Lande nicht fehlt, in irgendeinem zwischen Himmel und Erde aufzufinden, was vor dem Zugriff dieser oder jener Partei angefangen gefährdet wäre. Zu den Begründen, die an sich von allen parteilichen Zusammenhängen und Beziehungen weit entfernt sind, gehört auch die Neubildung von Bundesstaaten auf Grund des Artikels 18 der Weimarer Verfassung. Der weitanschauende Geschäftspunkt, unter dem der genannte Artikel die in ihm zur Lösung gestellten Fragen behandelt, geht dahin, daß die Bildung des Reiches in Länder unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Volkes dienen soll, und daß dieser Wohlstand auch bei der Beurteilung der Notwendigkeit der Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches anzusehen ist. Wie ein Spielzeug müssen demgegenüber die Vorgänge an, die gegenwärtig zwischen Bayern und Thüringen im Schwange sind und bei denen es sich um die Staatszugehörigkeit des Coburger und des Meininger Gebiets handelt. Coburg hat seinerzeit, als Bayern noch einen sozialistischen Ministerpräsidenten besaß, durch Volksabstimmung den Anschluß an Bayern vollzogen. Die sozialistischen Triebkräfte, die diese Einverleibung zuwege brachten, ließen sich damals von der Erwartung leiten, daß das ihrem Parteidoktrin entsprechende Regime in München von Dauer sein und ihnen die davon erhofften Vorteile bringen werde. Der Lauf der Ereignisse ging aber nach der entgegengesetzten Richtung, und so kam es, daß die Bayern abgetrennten Coburgischen Parteigenossen unzufrieden wurden und sich in der neuen bairischen Haut, als diese wieder mit dem bürgerlichen Stempel versehen war, nicht wohl fühlten. Diese Stimmung glaubten die Thüringer Sozialisten ausnutzen zu können, um einen Aufstand gegen die in Südtüringen in Gang gekommene Bewegung zur Abtrennung des Meininger Landes und zu dessen Anschluß an Bayern zu führen. Man überbeweint in dem Zweck das Coburger Gebiet mit Klingblättern, in denen gegen die bairische Regierung unbegründete Beschuldigungen erhoben und unter einem Prostefeu von ausschweifenden Verbrechen die Einwohner aufgefordert wurden, die Ablösung einer Abstimmung am 1. Januar 1923 in Coburg an Thüringen zu beantragen. Also Parteidoktrin, wie sie im Buche steht: weil Meininger die sozialistische Herrschaft im thüringischen Staatsverband fort hat und sein Heil bei der starken bairischen Staatsgewalt suchen will, werden die sozialistischen Parteigruppen in Coburg mobil gemacht, um dieses Gebiet von Bayern loszureißen. Dabei ist die ganze sogenannte "Abstimmung" in Coburg, von der die sozialdemokratische Presse zu berichten wußte, nichts als ein großer Bluff; eine wirkliche Stimmabgabe hat nämlich überhaupt nicht stattgefunden, sondern man hat einfach die ausgeteilten Klingblätter gezählt und läßlich angenommen, daß jeder Empfänger, sei es, daß ihm ein Klingblatt mit brüderlichem Stimmzettel auf der Straße in die Hand gedrückt oder zu Hause in den Briefkasten gelegt wurde, mit der Aktion einverstanden sei. Auf diese Weise hat sich natürlich die erforderliche Stimmenzahl "rech und mühslos", wie die beteiligte sozialistische Presse feststellt, zusammengefunden, und die bairische Regierung hat sich eine riesige Blamage durch den elementaren Ausdruck eines enttäuschten Volkswillens geholt. Die bairische bürgerliche Presse läßt sich durch dieses Mandat nicht ins Weiterschauen jagen, sondern erklärt unzumutbar, die vorauszehnte Abstimmung und die Untierchristenversammlung sowie die angeblichen Lösungsbestrebungen Coburgs seien nichts weiter als eine sozialdemokratische Maske, die offensichtlich als eine Gegenaktion gegen die Meininger Bewegung zum Anschluß an Bayern gedacht sei. Es handelt sich um nichts weiter als um einen groben Unsug, dem zu neuern Aufgabe der Polizei sein müste.

Um die Saitte auf den Gioßel zu treiben, beschuldigt die kleine thüringische Sozialdemokratie, die in Coburg der Bestreitung von Bayern Vorwurf leistet und dort bei der Abstimmungstrommel die Hand im Spiele gehabt hat, die Meininger Kreise, die für den Anschluß an Bayern einzutreten, des Landesverrats! Also wenn Coburgische Sozialisten von Bayern abschallen wollen, dann ist das ganz in der Ordnung, und es darf sich niemand unterlaugen, darin etwas Unzulässiges erblicken zu wollen. Wenn aber bürgerliche Elemente in Meininger Regierung befinden, sich vom sozialistischen Thüringen ab- und dem bürgerlichen Bayern zuwenden, dann heißt es stets: "Na, Bauer, das ist ganz was anderes." Dann wird sofort mit dem Schlagwort des

"Landesvertrag" gearbeitet. Genau das gleiche Verfahren wird auch den Preußen gegenüber gelten. Zu Preußen sind zwei um die Entwicklung des Landes verdiente und mit der einheimischen Bevölkerung als innige verwandte Parteien von der sozialistischen preußischen Regierung fürgerhand ihres Amtes entbunden und durch Sozialdemokraten ersetzt werden. Dieses Vorgehen hat in Sachsen starke Erregung hervorgerufen, die noch dadurch gesteigert wurde, daß eine Abordnung, die in Berlin die Auflösung des österrömisches bürgerlichen Kreises zu bedenken hatte, nicht empfangen wurde. Daraufhin haben sich in Ostpreußen Stimmen erhoben, die zunächst ganz theoretisch die Frage erörterten, ob nicht die Autonomie der Provinz am Ende besser durch die Trennung von Preußen und die Errichtung eines selbständigen Bundesstaates gewahrt werden könnten. Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung hat aber gleich von vorabereiteter weiterer Entwicklung solcher Gedanken einen Riegel vorgeschoben durch Annahme eines Beschlusses, der eine Auflösung von Preußen kostet und bedingungslos ablehnt; außerdem wird in der "Kreis-Ztg." ausdrücklich festgestellt, daß eine solche Möglichkeit einfach und sicherbar sei. Trotzdem ist die sozialistische Presse, die mit den Aburten Parteigenossen durch dick und dünn geht, ganz aus dem "Landesvertrag", genau so wie die Meininger. Diese Haltung ist so großartig widersprüchlich, so bedeutlos ironisch, daß nur die alleräußerste Parteidienstlichkeit, die Selbstkritik abgeht, die herausreden kann, ohne die Wirkung auf die öffentliche Meinung zu würdigen. Genau der gleiche Sachverhalt, der den Aburten Sozialisten zum besonderen Verdienst angerechnet wird, ist in Meiningen und Ostpreußen, wenn es sich um bürgerliche Elemente handelt, um Deutschnationale und Volkspartei, verdammenswert "Landesvertrag". Da versteht man schon den grimmigen Sarcastus, der dem "Bürgerlichen Kürzer" aus allen Voren bricht, indem er erklärt, der Staat sei gewiß sehr schrecklich und lege die Meinung nahe, daß die Frage der "Neugliederung des Reiches" nur dann eine willkürliche Lösung finden werde, wenn man bestimmt, daß die Bugehörigkeit zu einem Lande innerhalb des Reiches ausschließlich die Parteidienstlichkeit maßgebend sein sollte, und wenn dementsprechend noch ethisch-muster ein Bevölkerungsschub veranlaßt würde; füßen dann beispielsweise in Thüringen lauter Sozialisten und in Ostpreußen lauter Deutschnationale und Volkspartei, so würden wenigstens die inneren Streitungen ausbüren.

Wenn die Sozialdemokratie die Folgerungen, die aus dem Artikel 18 der Wimarer Verfassung zu ziehen sind, unter dem parteiopolitischen Gesichtspunkt beurteilt, so schafft sie zweierlei Recht höchst willkürlicher Art: daß eine güt für Sozialisten und befagt, daß alle von dieser ausgebenden oder gebildeten Unionen auf Grund des gezeigten Artikels einwandfrei sind, während nach dem zweiten Recht blügerliche Unternehmungen, die sich auf denselben Artikel rüggen, ohne die sozialistische Zustimmung zu finden, den Charakter des "Landesvertrags" tragen, obwohl doch in jedem Falle ein derartiges Vorgehen auf der Verfassung juht. Diese ungelernte parteiopolitische Ausklammerung des Artikels 18 wird die Zahl seiner Freunde nicht verunsichern, nachdem er schon so hoch in Wirklichkeit geraten ist. 3½ Jahre ist er nun in Geltung, und inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Aussöhnung Preußens in seine einzelnen Bestandteile, zu der er vor allem die Hand bieten sollte, von den preußischen Provinzen jedoch durchaus nicht gewünscht wird; auch sonst ist im Reiche nirgends ein ernsthaftes, zwingendes, überwältigendes Bedürfnis nach der Neubildung größerer Einheiten in Erachtung getreten. Man kann im Gegenteil sagen, daß nach dem sacerlichen Treuehut der Rheinländer zum Reiche und zu Preußen die Neubildung von Bund- und anderen ganz in Städten gefordert ist, und daß funktional wesentlichen nur kleineren Grenzberichtigungen und territoriale Ausgleiche geringeren Umfangs, wie bei der im Auge befindlichen preußisch-hamburgerischen Ausgliederung, in Vertracht kommen werden. Dazu bedarf es aber des ganzen umständlichen Apparates des Artikels 18 mit der Volksabstimmung nicht. Es genügt für die mit dem Artikel 18 zu erreichen Zwecke völlig, wenn man ihm eine erheblich vereinfachte Form gibt, indem man grundsätzlich der Reichsregierung die Befugnis gewährt, die einschlägigen Fragen kleineren Maßnahmen auf Antrag einer der beteiligten Landesregierungen reichsgleich zu regeln und im Notfalle auch ohne Antrag aus eigener Initiative vorzunehmen, ohne daß es einer Volksabstimmung bedarf; eine solche mügte an erforderliche Bedingungen gefaßt werden, z. B. an die Wirtschaft einer bestimmten Größe des abzutrennenden oder neu zu bildenden Gebiets. Die jetzige Fassung des Artikels 18, die den Schwerpunkt auf die Bevölkerungsseite verlegt, läßt der parteiopolitischen Agitation einen viel zu weiten Spielraum und ist daher der Fertigkeit des inneren Gesanges des Reiches abträglich.

Fortschreibung der amtlichen Feststellung zu den Holzlieferungen.

Ausschließend hieran wird noch festgestellt, daß bis Anfang Dezember etwa 50 Prozent der von der deutschen Regierung insgesamt für Frankreich, Belgien, Italien und England angebotenen Mengen zur Ablieferung gebracht worden sind. Bereits bei Abgabe des Angebots an Beginn des Jahres 1922 war von deutscher Seite ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es wegen der späten, ohne Schuld der deutschen Regierung erfolgten Anforderung wahrscheinlich nicht möglich sein würde, die Lieferungen in gesamtem Umfang durchzuführen. Die Ausfälle erhielten sich sowohl auf die französischen und auch auf die belgischen und italienischen und in kleinem Maße auf die englischen Lieferungen. Alschiedsamer ist die Feststellung der Belehrung Deutschlands in der Leyte für die französischen Lieferungen allein beantragt und durchsetzt worden. Die angebotenen Mengen für Frankreich belaufen sich auf 200'000 Stück Telegraphenstangen, 35'000 Kubikmeter Schaltschot (Modell). Hierzu sind bisher geliefert worden 55'000 Stück Telegraphenstangen, 35'000 Kubikmeter Schaltschot (Modell). Der Wert der nicht gelieferten Mengen beträgt unter Angrundlegung der Güterliste der Leyte etwa 2½ Millionen Goldmark. Wenn es auch nicht gelungen ist, die vorgezeichneten Liefermengen in dem vorgeschriebenen Zeitraum zur Ablieferung zu bringen, so glaubt die deutsche Regierung durch den Rückzug erbracht zu haben, daß sie im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands alle Anstrengungen gemacht hat, um den Verpflichtungen nachkommen. Eine Belehrung Deutschlands kann hiernoch keineswegs als vorliegend angesehen werden. (W. T. B.)

Was dem Inhalt der Beschwerdenote der Republik entspricht.

Berlin, 28. Dez. Die Note der Reparationskommission, die eine Belehrung Deutschlands hinsichtlich der Holzlieferungen an Frankreich zum Gegenstand hat, ist in der vergangenen Nacht hier eingetroffen. In der Note ist von einer verächtlichen oder abwertenden Belehrung nicht die Rede. Engegen der von Havas vertreteten Darstellung wird ausdrücklich erklärt, daß nur eine einfache Richterfüllung im Sinne des § 17 der Anlage II zum Reparationsstapitel des Friedensvertrages vorliege. Die Tatsache, daß in der Note an Deutschland nur von einer "verächtlichen Richterfüllung" die Rede ist, muß um so mehr unverstehen, als in dem Bericht des Beschlusses der Reparationskommission, der in einer amtlichen Mitteilung der Reparationskommission mitgeteilt wird, ausdrücklich die Belehrung einer "verächtlichen Belehrung" enthalten ist.

Der neue britische Botschafter in Paris.

Paris, 28. Dez. Der neu ernannte britische Botschafter in Paris Brewster traf heute abend hier ein. (W. T. B.)

Eine Woche beim Kaiser?.

Von George Sylvester Viereck.

In einsachen ungeküschen Worten beschreibt Graf Delitz u. Wolitz die Gedanken, die vergebende Fleiß des Kaisers von Deutschland nach Amerikongen; er war zugense, als der Kaiser den schwadischem Reichstag lehre, seine Krone zu opfern, in der Hoffnung, dadurch Deutschland zu retten. Die deutsche Regierung war so ähnlich daran bedacht, Woodrow Wilson zu verjöhnen, daß sie die Abhandlung des Kaisers bestaunig, bevor er noch die Urkunde unterzeichnete, und auf die Weise den Monarchen vor einer vollendete Tasse hielte. Der Kaiser war mit der Rolle eines Sündendodors für sein Volk einverstanden. Er konnte nicht ahnen, daß trotz seines heimlichen Einflusses die Alliierten sein Volk in eine Wüste von Hunger und Elend stoben würden.

"Ich könnte nicht wissen, daß die Männer, welche mit den Friedensverhandlungen beauftragt worden waren, vor allem Prinz Max von Baden, keinerlei bindende Zugaben von den Alliierten und den ihnen beigetretenen Mächten erhalten hatten, daß sie mit einer deutlichen Mezußtätigkeit versuchen würden, als mit dem Deutschen Kaiser Wilhelm II. Ich könnte damals nicht wissen, daß die vierzehn Punkte nur Propagandasmedien dienten und der gewandten Reden Woodrow Wilsons auf Veranlassung eines seiner Freunde entstehen waren, ohne daß geringste Verantwortungsbüßt seitens ihres Verständers." Die vierzehn Punkte waren ein politisches Reklamemittel, das einer kriegerischen Welt von Männern vorgegaulekt wurde, die nach Creel's drastischem Ausdruck Amerika den Krieg verlorenst. Es war Deutschlands Unglück, daß sie gleichzeitig auch den Kaiser "verlorenst".

Der Kaiser fragt: "Was hätte ich tun sollen?"

Von meinen verantwortlichen Vorfahren wurde mir gesagt,

dab meine Abhandlung einen beiderseits ehrenvollen Frieden gewährleisten würde. Es wurde mir gesagt, daß mein

Weib in Deutschland die Fortsetzung der Kriegsführung an der Front und Blutvergeltung zuhause auf Rolle haben

würde. Es wurde mir gesagt, auf das Herz sei kein Ver-

lust mehr. Es wurde mir gesagt, daß alle Augen mit Gewalt-

mitteln für die Front angefeuert werden würden, falls die

Arme die Maßnahmen der Berliner Regierung verwerfen

würde. Kann sich jemand die Lage von zehn Millionen

Mann unter Wasser stellen, die das eigene Volk dem

Verhungern ausliegen? Wenn sie mit Hindenburg

legt Hengst dafür ab, daß wir sogar der große Feld-

marschall den Mat erteilt, den bitteren Kelch der Ver-

bauung und Abdankung zu leeren."

Was hätte Wilhelm II. tun sollen? Hätte er mit einer ausgeliehenen Schär treuer Händiger einen leichten Angriff machen sollen? Mit welchem Resultat? Wie die Verhältnisse lagen, würde daß den Krieg einfach um ein paar Stunden verlängert haben, und zwar um den Preis von einzigen tausend Menschenleben. Es wäre ein ungloß Blutvergeltung gewesen. Der Kaiser fühlte sich nicht bereit, auch nur einen Trocken deutschen Blutes zu versuchen, um sich einen eindrucksvollen Abgang zu sichern. Was hätte der Kaiser tun sollen? Schlimm begehen? Weder der erste noch der dritte Napoleon, wider Ludwig XVI. von Frankreich, noch der große deutsche Kaiser Heinrich IV. wußten diesen theatralischen Ausweg. Die Feindseligkeiten religiösen Aufschauungen des Kaisers verbieten ihm, Hand an sich zu legen. Fürsten und Soldaten, liege mit einem der Kaiser. „Fürchten den Tod nicht, Ihr Leben hängt kein an einem seidenen Raden. Schlimm meinerseits würden meine Feinde als Eingeschlossene mein Schuh aufsägen haben. Ich und mein Volk sind an diesem Kriege unschuldig. Ich betrachte es als meine heiligste, vom Schicksal gewollte Aufgabe, mein Volk von seinem Vorwurf zu reinigen.“ Die Geschichtstafeln des Kaisers, seine Memoiren, seine täglichen Kommentare stellen das Vorwurfegefecht in diesem Rechtfertigungskampfe dar.

* Copyright by George S. Viereck. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Nur alle Länder außer den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada Verlag von A. S. Kochler in Leipzig.

Deutschland, so glaubt der Kaiser, muß bald wieder einsetzen, um seine Macht zu erhalten. Es kann sich dabei weder auf Frankreich, noch England, noch Russland verlassen. Alles, was es verlangen kann, ist nicht jedesmal von den Alliierten einen unabmehrigen Nutzen zu erhalten, wenn es sich müßig aufwändigen verleiht. Kein Wiederaufbau ist nach Ansicht des Kaisers möglich, so lange die Stämme des Verfaßter Frieden fortbestehen. Die Verträge von Brest-Litowsk und Kreuz-Litowsk, erklärt Kaiser Wilhelm, waren Muster von Nähigung im Vergleich zu dem widerständigen Pakt, der in Verleugnung des vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verpländeten Wortes dem deutschen Volke aufzwingen würde. Die Verträge von Brest-Litowsk und Kreuz-Litowsk, läßt der Kaiser fort, entstanden während des Krieges. Solange die Heldentaten andauerten, waren wir gewannen, militärische Erfordernisse im Auge zu behalten. Deutschland ist indessen immer großmütig als Sieger gewesen. Die unter dem Tonner der Kanonen entzündeten Abmachungen wurden nicht als endgültig angesehen.

"Das Deutsche Reich war das Mittelpunkt in dem komplizierten Weltmarkt Europas. Sieh mir dies Gewicht," betont Se. Minister, "so muß das Werk stehen bleiben. Hängt man es wieder an seine Stelle, ist mir das Blüderwerk und erst die schlündernde Teile, so kann ich darüber, daß Europa innerhalb sechs Monaten zur Ruhe kommt. Bis dies geschieht," sagte der Kaiser, indem er Bamberg bestimmtes Wort dem Gegenstande ansah, "ist und bleibt die Zeit, als den Kämpfen keine Wiederherstellung ist vollständig." Sankt Petersburg, läßt er hinzu, "ist alle unbekülfte deutschen Länder mit dem Mutterland wieder vereint sind."

"England braucht, wie Bismarck einmal saß, immer einen Gewichtspunkt auf dem Kontinent. Wer," fragt der Kaiser, "ist es jetzt? Es kann wohl sein, daß Deutschland, das gegenwärtig zu militärischer Ohnmacht verdammt ist, von Frankreich gewannen wird, wenn die Alliierten zu marschieren, wie es 1812 im Kriege gegen Russland geschah. Diesmal," bemerkte der Kaiser, "befindet sich England in Europa ohne Freunde, sein Kleinsten ist vollständig, aber nicht befreit.

"War es notwendig, daß die Welt in ihr verlor Ehre verlor?" Als Antwort wies mich Se. Minister auf einen bezeichnenden Nachtrag zu seinem Geschichtstafeln hin. Nach Kabelnachrichten, die vor dem Kriege in einer amerikanischen Zeitung erschienen, schickte der Kaiser bei einem Empfang für Oberst Douce in Gelegenheit Bismarcks eine Verständigungsurkunde zur Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Deutschland, England, den Vereinigten Staaten und Frankreich vor. "Die Grobmächte — denn," dazu holt der Kaiser sich, "70 Millionen Deutsche im Herzen Europas lassen sich trotz ihrer augenblüdlichen Ohnmacht bei seiner Beratung über Weltangelegenheiten ausschalten — können allein die weiße Rasse vor dem Untergang in der blut dünkelhätigen Tataren und Negern bewahren." Die Kultur künftiger Welten" erklärt Wilhelm II., seierlich, beruht hauptsächlich auf der Zusammenarbeit der armen germanischen Länder, nämlich Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten, ebenso wie die Ausbreitung der amerikanischen Tradition in den Vereinigten Staaten auf der Zusammenarbeit des deutschen und angelsächsischen Elementes beruht. Soß ein Bund, der sich auf gemeinsame Ideale gründet, im Geiste der alten Allianzgesellschaft auf Sicherung der alliierten Verte, die unter dem Namen Börsenverbund bekannt ist, vermaß wohl die Welt vor dem Chaos des Volksbewußtseins und Klassenkampfes zu verhindern. Deutschland kann an diesem Werk nicht teilnehmen, solange ihm wichtige Landesteile entblößt, solange seine Heimatgebiete gebunden sind, solange seine Heimatstruppen, schwarz und weiß, an seinem Lebensmarkt achten, solange der Weltkrieg gegen das deutsche Volk unter der Maske des Durchführers eines unbeschreiblichen Krieges fortduert. Nicht in der Rolle des Soldners, sondern in der des freien ehrbürtigen Mannes kann Deutschland im Frieden oder im Kriege den Kampf für die Kulturgüter aufnehmen."

Die Gewerkschaften beim Kanzler.

Berlin, 28. Dez. Die von den Spartenverbänden der Gewerkschaften angeregte Befreiung stand heute nochmals beim Reichskanzler statt. Einsleidend betonte der Reichskanzler, daß die Regierung es als ihre Pflicht betrachte, mit allen Parteien und Alten an der Wahrung der schwedenden Fragen zusammenzuarbeiten, und daß nur Mangel an Zeit es bisher nicht zu einer Befreiung mit den Gewerkschaften habe kommen lassen. Die Spartenverbände hatten ihre Wünsche vorher schriftlich unterbreitet. Sie betrafen u. a. zunächst den zu erwartenden

Brotpreis

und die Frage, wie dessen Erhöhung der weltlichen Bevölkerung entzählig gemacht werden kann. Der Reichskanzler erklärte dazu, daß bereits Vorbereitungen auf dem Gebiete des Lohn- und Gehaltsvertrags aufgestellt seien und daß sofort nach Feststellung des Haftabrechens der Reichsreictheit neuerliche Rücksicht auf den beteiligten Sektor in Reich und Ländern und den wirtschaftlichen Vereinigungen genommen werde. Bei der Abschlußrede über das

Brotzinsatzförsorge

wurde darauf hingewiesen, daß die sehr wesentlich gefestigte Brotzinsatzförsorge verhindern kann, daß die Weltgemeinschaft hingewiesen, die sich als Folge der Geldentwertung, aus verzögter Steuerzahlung anderer ergeben. Der Reichskanzler verwies auf den dem Reichsrat zur Abschlußziehung dieser Brotzinsatzförsorge der Reichsreictheit neuerliche Rücksicht auf die Bemühungen der Reichsregierung zu schärfster Erhöhung und schneller Erledigung der Steuern. Zur Frage der

Brotzinsatzförsorge

wurde darauf hingewiesen, daß die sehr wesentlich gefestigte Brotzinsatzförsorge verhindern kann, daß die Weltgemeinschaft hingewiesen, die sich als Folge der Geldentwertung, aus verzögter Steuerzahlung anderer ergeben. Der Reichskanzler verwies auf den dem Reichsrat zur Abschlußziehung dieser Brotzinsatzförsorge der Reichsreictheit neuerliche Rücksicht auf die Bemühungen der Reichsregierung zu schärfster Erhöhung und schneller Erledigung der Steuern. Zur Frage der

Die Reparationsbesprechungen der Reichsministerien.

Berlin, 28. Dez. Die Beratungen innerhalb der anhändigen Ministerien der Reichsregierung über die Reparationsfrage sind heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Ob das Gesprächstag noch morgen mit dem Reparationsgeschäft beendet wird, hängt davon ab, ob die zuständigen Ministerien bis dahin ihre Arbeit beendet haben werden. Die Beratungen mit den Gewerkschaften, die weit die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft für die Reparationen nutzbar gemacht werden kann, sind beendet. Ob noch die Befreiung im Laufe dieser Woche vom Reichsregierung empfohlen werden, um über das Ergebnis der Beratungen innerhalb der Reichsregierung unterrichtet zu werden, steht noch nicht fest.

Neue Enthüllungen über die französischen Vernichtungspläne.

Was Poincaré „lücherliche Verleumdung“ nennt. — Ausstellung Deutschlands schon 1913.

Berlin, 28. Dez. Am V. T. veröffentlichte Theodor Wolff einen Artikel, in dem er gegenüber der von Poincaré in der letzten Senatsrede abgegebenen Erklärung, es sei eine lücherliche Verleumdung, wenn behauptet werde, Frankreich wolle Deutschland ruinieren, neues Beweismaterial des Pariser Verteidigers Joffre und Wolff aufstellt, aus dem einwandfrei die Pläne einer vollständigen Vernichtung Deutschlands hervorgehen. Zu einem vom 20. September 1914 datierten Geheimtelegramm Joffre's aus Salsow aus Voreau, wohin sich die französische Regierung damals geschickt hatte, heißt es:

„Ich verstehe mich auf Ihr Telegramm Nr. 2945. Persönlich. Ich habe Gelegenheit gehabt, persönlich von mir ans mit Delcassé über die in diesem Telegramm aufgeworfene Frage zu sprechen. Andererseits voranschlägt, daß es zurzeit noch zu früh sei, „das Heil des Vaterlandes zu versprechen“, und daß er es bis jetzt vermieden hat, darüber mit seinen Kollegen zu sprechen, gab Delcassé zu, daß es angebracht wäre, rechtzeitig die gegenseitigen Absichten und Wünsche der Verbündeten festzustellen. Er ist überzeugt, daß hierbei zwischen Russland, Frankreich und England klarer Weisungswertes eintragen entstehen würden. Für sich selbst sieht Frankreich in Europa keine territorialen Erwerbungen, mit Ausnahme natürlich der Rückeroberung Elsaß-Lothringen. Das Hauptziel Frankreichs — und in dieser Hinsicht sind alle drei verbündeten Mächte durchaus solidarisch — besteht darin, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Preußens soviel wie möglich geschwächt wird. Warum sich die Sach' so machen, die eingeschlossenen deutschen Staaten hieran selbst interessiert haben. Über die Einzelheiten der ausführlichen Gliederung Deutschlands ist es noch zu früh, zuvor zu tun. Frankreich wird wahrscheinlich die Wiederaufstellung eines unabhängigen Hannover verlangen und diesem wieder nachhaltig wobei England noch Frankreich wird offenbar Schleswig-Holstein zum Dänemark kommen, trotz der zweifelhaften Haltung der dänischen Regierung. England sucht gleichfalls seine Erwerbungen in Europa, wird aber kolonialen Zuspruch auf Kosten Deutschlands verlangen, wogegen Frankreich keine Einwendungen erhebt. Das Telegramm spricht dann weiter von der französischen

Überzeugung der türkischen Meereinforderungen. In einem zweiten als Fortsetzung des obigen gehaltenen Telegramm von denselben Tage heißt es dann weiter:

„Hierbei beruft sich Delcassé auf die Verhandlungen, die in Potsdam im Jahre 1913 stattgefunden haben, und bestätigt, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Positionen und Wünsche Frankreichs diesbezüglich sind, mit Ausnahme des notwendigen Wunsches, die politische und künftige Kraft Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Unterfangens wird durch die heutige Konjunktur bedingt, ganz besonders in Abwehr der Beteiligung Englands am Kriege, und die französische Regierung besteht auf der Errichtung dieses Stiles, in der Annahme, daß dieser nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Mächte und sogar für die ganze Welt von gleicher Bedeutung ist.“

Derart propagiert Joffre die Verjagung der Habsburger und die Schaffung eines starken serbisch-französischen Staates als Gegenricht gegen Italien, Ungarn und Rumänien unter dringendem Nachdruck, über welche Mittel er verfügen kann, um die Propaganda zu organisieren.

Dr. von Rosenberg an die Deutschen im besetzten Gebiet.

Budapest, 28. Dez. Als Antwort auf eine Umfrage der „Pfälzischen Rundschau“ überstand der Reichsbanminister Dr. v. Rosenberg folgende Neuigkeiten:

„An die Pfälzer! Deutscher! Treue kennt weder Name noch Grenze. Wie wollen, wo wir auch leben, im neuen wie im alten Jahre deinen getreten sein, die uns so handfest die Treue halten, unseres Brüder an der Saar, am Rhein und in der Pfalz. Wir allen Deutschen wollen wir hümmlig bleiben, ihre höheren Loden zu erleichtern. Wie danken uns, in Brüder, die in gelöster Freiheit die Deutschtum von neuem wiederfinden müssen, die ihre deutsche Freiheit, ihre deutsche Kultur und ihre deutsche Sprache nicht aufgeben können, weil sie damit Unterdrücktes vorlieben würden. Das alte Deutschland grüßt seine treuen Söhne.“

Havensstein über die lehre Entwicklung der Reichsbank.

Berlin, 28. Dez. In der Sitzung des Zentralausschusses berichtet der Präsident des Reichsbankdirektoriats über die Entwicklung des Standes der Reichsbank in der Zeit vom 7. November bis 15. Dezember des Jahres und erwähnt, daß der Baukostenanstieg in den letzten Tagen die Höhe von 1 Milliarde Mark erreicht habe. Im weiteren führt der Präsident u. a. aus, die Entwicklung des Bauaufwands möge es unabdinglich notwendig, in der Kritik des angebotenen Kreditmaterials hinsichtlich des Verwendungszwecks noch erheblich strenger zu werden als bisher und gezielter Maßnahmen zur Beschränkung der Kredite zu ergreifen. Die Darlehensfassen beobachteten das gleiche Verfahren. Es würde außer Geldkreis völlig zunehmen, wenn Handel und Industrie, Landwirte und Gewerbe, Hypothekenbaus und Genossenschaften ihre Betreuung und Wirtschaft in großem Umfang mit dem Kredit der Reichsbank und der Darlehensfassen, d. h. durch Beschaffung von fiktivem Geld, zu betreiben suchten. Der gesamte gegenwärtige Beschaffungsbild der Reichsbank von 32 Milliarden Mark erreicht zwar, an der inneren Kaufkraft der Mark gemessen, kaum die Hälfte des Wechselbestandes vor dem Kriege, beträgt aber fast die Hälfte des gesamten Wechselbestandes gegen kaum ein Achtel desselben vor dem Kriege, und der Anfang des Kreditmaterials ist in weiterer stürmischer Aufwärtsbewegung begriffen. Auch das Salzgeldwechselkonto der Reichsbank und der Darlehensfassen der Darlehensfassen kommen ebenfalls zu einem erheblichen Teile der privaten Wirtschaft zugute und bedeuten auch eine Unterstützung der privaten Wirtschaft durch die Reichsbank. Die Reichsbank hat in einem einzigen Bereich mehr als eine Billion Mark Kredite genährt. Dies beweist, daß die Reichsbank unter voller Ausübung ihrer Aufgaben weiterhin den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gerecht zu werden sucht, soweit sich das mit den Aufgaben und den Grenzen der Politik einer neutralen Notenbank überhaupt vereinbart. Die bisherigen Diskussionen hatten den Zweck, Warnungssignale zu sein, in allen Kreisen des Zu- und Auslandes zu zeigen, in welcher Notlage die deutsche Volkswirtschaft sich zurzeit befindet und welche Verarmungsvorhersage am deutschen Geld- und Kapitalmarkt vor sich gezeigt ist. In der gegenwärtigen Situation Deutschlands ist die großstädtische Bevölkerung und Wirtschaft auch auf dem Gebiete der Kreditinflationsnahme unbedingt notwendig. Der Präsident schloß mit der Bitte an die Ver-

treter der Banken und an die anderen im Zentralausschuß vertretenen großen Wirtschaftsgruppen, sich der Erfahrungen unserer fiktivwirtschaftlichen Lage bewußt zu sein, und auch ihrerseits die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn verhindert werden soll, daß der deutsche Kreditapparat eines Tages verlage. (W. T. B.)

Neue Krisensituation in Lausanne.

London, 28. Dez. Eine Neueröffnung aus Lausanne aufzeigt, daß die einzige Möglichkeit, die Konferenz weiterzuführen, wenn die Türken weiter bei ihren augenblicklichen Methoden beharren. Die Haupter der alliierten Missionen werden wahrscheinlich in einigen Tagen in der Lage sein, den Türken ihre Bedürfnisse vorzulegen und diese werden dann die Entscheidung treffen müssen, ob sie diese endgültig annehmen oder ablehnen. Es ist klar, daß der augenblickliche Zustand nicht länger fortdueren darf. (w. t. b.)

Die Kapitulationen als neuer Streitpunkt.

Lausanne, 28. Dez. Die Gehör von den Alliierten einvernehmliche Sitzung des zweiten Ausschusses der Konferenz über die Kapitulationsfrage stand heute vorzeitig statt, führte aber zu keinem Ergebnis. Nachdem der zweite englische Delegierte Sir Horace Numbold über die Gegenläufigkeit in der juristischen Unterkommission ausführlich berichtet hatte, legten der Präsident des Unterausschusses Bovoni und die Vertreter der alliierten Staaten Bovardi, Hanachi, Lord Curzon sowie der amerikanische Vertreter Child ausführlich den Standpunkt der alliierten Missionen dar, indem sie alle auf die Notwendigkeit hinwiesen, daß die Kapitulationen unabdinglich durch ein neues Gesetz erlassen werden müssten. James P. Walsh, der ammal im Laufe der Sitzung das Wort ergriff, erklärte zunächst, daß die alliierten Vertreter unvereinbar mit der türkischen Sonderbarkeit seien und daß die türkische Rechtsprechung hinreichende Garantien biete. Nachdem Lord Curzon die türkische These nicht bestreit trug und nachdrücklich der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß die Türken den Darlegungen der alliierten Redner Bedauern tragen würden, erklärte James P. Walsh, daß er in einer der nächsten Sitzungen antworten werde. Bemerkte wurde das Eingreifen des amerikanischen Vertreters, der vorwarf, daß die vertragsmäßigen Verpflichtungen der Türkei nicht einheitlich und nicht ohne Einigung mit den Alliierten geregelt werden könnten, und daß der Schutz, den die Ausländer, auch die Amerikaner, bisher genossen hätten, ihnen nicht entzogen werden dürfe.

Neues über Bismarck.

Erinnerungen seines Oberförsters Weiphol.

Einer der letzten, die noch von ihrem Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit dem Fürsten Bismarck erzählen können, der frühere Barziner Oberförster Ernst Weiphol, hat seine Erinnerungen niedergeschrieben, die soeben unter dem Titel „Bismarck als Gutsbesitzer“ bei R. & C. Kocher in Leipzig erschienen sind. Weiphol lebt als noch ruhiger Schlosshüttelältester in Stoß in Pommern, nahe seinem alten Barzin, wo er von 1867 bis 1902 im Dienste Bismarcks und dessen Sohnes Herbert wirkte. Was er in seiner schlichten, ehrlichen Art erzählt, ist eine neue und wertvolle Quelle zur Kenntnis des Menschen Bismarck.

Als preußischer Ministerpräsident hatte Bismarck nach dem Siegreichen Kriege 1866 als Nationalversammlung eine „Dotierung“ von 400 000 Taler erhalten und mit ihr die in den Kreisen Schlawe und Ummelburg liegenden Herrschaft Barzin von Herrn Adalbert v. Blumenthal gekauft. Sie sollte ein Stammsitz für seine Familie im heimatlichen Pommern werden. Bald darauf hörte Weiphol, daß in Barzin ein Oberförster angestellt werden sollte. Justizrat v. Blumenthal stellte ihn vor. Auch Bismarcks Bruder Bernhard, Landrat zu Raugard, war anwesend. Weiphol erzählte weiter: „Ich wurde ihm vorgestellt. Er musterte mich mit einem durchdringenden Blick von oben bis unten und fragte: „Wie alt sind Sie?“ — „30 Jahre.“ — „Noch sehr jung!“ Nachdem ich noch weitere Fragen über meine Familiengeschichte beantwortet hatte, sagte der Graf zum Justizrat: „Bitte, machen Sie das weitere mit Weiphol ab; wir sehen uns dann wohl bei Tisch.“ Um 6 Uhr wurde gepeist; ich saß neben Herrn v. Blumenthal und gegenüber dem Landrat. Dieser fragte im Laufe der Unterhaltung über den österreichischen Krieg seinen Bruder: „Sag mal Otto, was hättest Du gemacht, wenn der Krieg für uns schief gegangen wäre?“ — „Dann hätte mich mein Preuße wieder.“ Nach Tisch wurden durch den Leibbäcker Engel Zigarren, Wodka und cognac herumgereicht. Nach einiger Zeit entlich machte Exzellenz mit den Worten: „Auf Wiedersehen am 1. Oktober!“

Von der feuchten Gutsbesitzerschaft waren mehrere Leute übernommen worden, darunter ein alter Dienst. Dieser läßt sich berufen, wenn die gräßliche Familie nach Barzin kam, alles, was an ihrem Empfang vorbereitet; um dazu die nötige Kraft zusammen, trank er viel Bier. Einmal hatte er das so rechtlich getan, daß er, als der Graf mit seinem Schwiegerbruder vorfuhr, auf der Bank neben dem Regel eingeschlafen war und erwachend zur Erde fiel. Als ich etwas später von Schlawe aufkam, erzählte mir der Graf

sachend, daß er mit Graf Naujahn den Dienst zu Bett gebracht hätte, mit dem Aufsatz, es sei doch eine Gabe, sich in dem Alter noch so befreien zu können.“

Über einen Plan der Franzosen, Barzin zu zerstören, weiß Weiphol zu berichten: „Nach der Rückkehr aus dem Feldzug 1870/71 kam der Fürst nach Barzin und legte bei einer Gelegenheit zu mir: „Wie die Franzosen herausgetragen haben, wo Barzin liegt, ist mir wunderbar. Denn sie haben in die Lüse eine Stütze gesetzt, mit dem besonderen Auftrag, Barzin zu zerstören. Wer was hätte, ich mir daraus gemacht, wenn sie den alten Haufen (das Schloß) abgebrannt hätten!“ Dann hätte mir der Kaiser höchstlich ein schönes neues Haus aufbauen lassen.“ Worauf ich bemerkte: „Durchlucht, aber der Port!“ Da fuhr der Fürst ganz erregt auf: „Was? Meinen Park hätten die verfluchten Kerle abgebrannt? Das wäre freilich ein harter Schlag für mich gewesen!“

Weiphol zeigte seine politischen Erfahrungen dem praktischen Leben entnahm, darüber erzählt Weiphol weiter: „Des österreicher äußerte der Fürst zu mir: „Weiphol, ich bin doch der einzige Minister, der da weiß, wie es auf dem Land eigentlich aussieht.“ Er beobachtete eben alles mit scharfen Augen, war immer über den ganzen Betrieb orientiert und benutzte jede Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln und Erfahrungen einzufangen. Im Jahre 1886 wollte der Kanzler dem Reichstag ein Spiritusmonopolgesetz vorlegen. Um praktische Erfahrungen hierfür zu gewinnen, ging er in den Barziner Raum, sich auf einen Kartoffelspiritschnaps, wie er dort allgemein getrunken wurde, einzubauen, trank ihn aus und fragte dann: „Wie teuer ist der Schnaps, wieviel Prozent Alkohol enthält er, und wieviel Schnaps geht auf ein Liter?“ Die Leute brachten Fragen konnte weder der Kanzler noch seine Frau beantworten. So ließ der Fürst die Schnapsmenge im Liter gleich im feineren Geigenparti, den Alkohol aber und die Spiritusmenge, welche der Kanzler in den letzten fünf Jahren vor der Güterverwaltung bezogen hatte, durch die feststellten. Dann berechnete er selbst, wieviel Prozent der Kanzler verdient hatte, und gab das Resultat dieser Untersuchung dann im Reichstag in der Debatte zum besten.“

Der Fürst hatte ein warmes Herz für seine Leute und gab ihnen gern Beweise seines Wohlwollens. Das geht auch aus folgendem Brief des Grafen Herbert Bismarck an Weiphol vom 31. Mai 1880 hervor:

„Mein lieber Oberförster! Ich habe an Sie im Auftrag meines Vaters a. a. Herrn eine Pariser Cigarrer abgelegt, zwölf 11 und 1200 Stück, welche Sie für Geld an steckende Arbeiter verteilen wollen, und auch, wenn Sie Ihnen schicken, selbst ver suchen würden. Das kostet davon höchstens in Straßburg 20 Pf., in Barzin also vielleicht,

Örtliches und Sachsisches.

Ab 4. Januar 1923 eine Straßenbahnsatz

80 Mark.

Eine weitere Steigerung erfolgt am 18. Januar.

Die Ausgaben der Städtischen Straßenbahn haben sich derart vermehrt, daß sie nun aufs Jahr bezogen über fünf Milliarden Mark betragen. Davon entfallen rund drei Milliarden Mark auf Gehälter, Löhne und Pensionen, rund eine Milliarde auf Stromverbrauch, rund 820 Millionen Mark auf Rücklagen für Erneuerungen und der Rest auf Bau- und Betriebsstoffe und andere allgemeine Ausgaben. In der Zeit bis 31. März nächsten Jahres sollen noch 1545 Millionen Mark Ausgaben durch Betriebsentnahmen gedeckt werden. Das ist mit dem 50-Mark-Tarif ganz unmöglich, wobei besonders zu berücksichtigen ist, daß die durchschnittliche Einnahme von einem zahlenden Fahrgäste infolge der bei Umstiegshäuschen und Stationen eintretenden manngültigen Verbilligung nur 75 Prozent des Grundtarifs, bei 80 Pf. also nur 37,5 Pf. beträgt. Infolgedessen werden weitere Tarif erhöhung notwendig.

Zunächst wird vom 4. Januar 1923 an der Grundpreis auf 80 Pf. erhöht; eine weitere Steigerung tritt vom 18. Januar an ein, über die genauere Mitteilung später erfolgen wird.

In Chemnitz wird am 7. Januar der Fahrpreis auf 100 Pf. erhöht.

Das Abbauprogramm der Reichseisenbahn.

Die Reichsbahnabteilung Dresden schreibt dem T. U. S. Die Sicherung der Wirtschaft durch die Gleisabnahmtarif, die zur Erhaltung des Gleichgewichts in Einnahmen und Ausgaben erforderlich ist, verlangt auch durchgreifende Maßnahmen in Sparmaßnahmen an Material und Personal. Selbstverständlich sollen von dem Abbau nicht diejenigen Teile des Unternehmens betroffen werden, bei denen die nötige Arbeitsintensität erzielt ist, sondern es sollen die noch vorhandenen unproduktiven Kräfte erfaßt werden. Der Abbau wird sich nicht nur auf Arbeiter, sondern auch auf sonstige Teile der Beamten erstrecken müssen, die eine verhältnismäßig kurze als Beamte angestellt sind und bei denen noch kein unbändiges Verhältnis vorliegt. Die Einzelheiten der zu treffenden Maßnahmen werden in den ersten vierzehn Tagen mit dem Hauptvertrieb- und Hauptbeamtenamt erarbeitet werden. Diese sind von den Absichten der Verwaltung, woran das ja seit zwei Jahren eingeführte Abbauprogramm unter allen Umständen fortgeführt werden muß, bereits in Kenntnis gestellt.

Kreisauslösung.

In der öffentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 28. Dezember unter Voritz des Kreishauptmanns Dr. Zug v. Nidda und v. Hallenstein wurde als Gegenstand von besonderer öffentlicher Interesse eine Abgabe der Ordnung des Bezirksoberverbandes der Amtshauptmannschaft Großenhain über eine Wohlfahrtsabgabe beschlossen. Da diese Wohlfahrtsabgabe innerlich und äußerlich den für mehrere Gemeinden und Bevölkerung abgesetzten Steuerordnungen für eine „Soziale Abgabe“ außerordentlich ähnlich sieht, meinte man zunächst den gleichen Standpunkt aus diener Vorlage gegenüber einzunehmen zu sollen und sie abzulehnen oder doch abwartend zu halten bis zu einem Entschluß der Reichs- und Landesschuldenbehörden einzunehmen, da sie zum Teil den Reichssteuerordnungen, den Landessteuerordnungen und der Gewerbeabgabe widerspricht. Die Kreishauptmannschaft Chemnitz hat kurzlich einer Gemeinde eine solche Steuerordnung für eine Sozialabgabe genehmigt, eben eine Entwidlung der Angelegenheit herbeizuführen. Es wurde überdies mitgeteilt, daß die im Bezirk Großenhain geplante Wohlfahrtsabgabe nur eine einmalige Abgabe sein solle und im Grundsatz zu den jüngst geplanten Sozialabgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen gezahlt werden solle. Abweichend vom bisherigen Standpunkt beschloß man die Großenhainer Steuerordnung zu genehmigen, um dem Bestreben der Gemeinden und Bevölkerung nach einer Wohlfahrtsabgabe zu verhelfen, namentlich gegen die Landessteuerbehörde den Rücken zu stärken, der ausstimmende Landessteuerordnung widerstreift. Die Kreishauptmannschaft Chemnitz hat kurzlich einer Gemeinde eine solche Steuerordnung für eine Sozialabgabe genehmigt, eben eine Entwidlung der Angelegenheit herbeizuführen. Es wurde überdies mitgeteilt, daß die im Bezirk Großenhain geplante Wohlfahrtsabgabe nur eine einmalige Abgabe sein solle und im Grundsatz zu den jüngst geplanten Sozialabgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen gezahlt werden solle. Abweichend vom bisherigen Standpunkt beschloß man die Großenhainer Steuerordnung zu genehmigen, um dem Bestreben der Gemeinden und Bevölkerung nach einer Wohlfahrtsabgabe zu verhelfen, namentlich gegen die Landessteuerbehörde den Rücken zu stärken, der ausstimmende Landessteuerordnung widerstreift. Weiter hielten man dem Bezirk Großenhain vor, die Steuerordnung der Stadt Nossen als eine Art örtlicher Organisation der Sozialhilfe erscheine. In gleicher Weise wurde mit einem Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung der Stadt Nossen verfahren.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Übernahme einer bleibenden Verbindlichkeit wegen der Klosterkirche in Pirna durch die Stadtgemeinde Pirna. Die Klosterkirche, deren Kapitälial schon zu

Mr. 527
Dresdner Nachrichten
Gelle 3

mit Transport höchstens eine halbe Mark mehr. Zu diesem Preis ist die Cigarre für Arbeiter in allen Quantitäten zu haben. Großere Formate und kleinere Qualitäten entsprechend teurer, zwischen 30 und 40 Pf. jedenfalls werden die Cigarren bedeutend wohlfühler sein, als alle dortigen, und wenn die Leute Gefallen daran finden, so ist hier eine Gelegenheit, ihnen dauernd ein billiges Rauchen zu verschaffen.“

Kurz webmütig können wir an jene Zeit zurückdenken, in der man für 20 Pf. 1000 Zigarren bekommen konnte.

Oberförster Weiphol war seit 1888 nicht nur Oberförster und Generalbevollmächtigter, sondern zugleich verantwortlicher Leiter des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes aller zu Barzin gehörenden Güter. 1882 wollte ihm Bismarck auch die Überleitung über Friedrichsruh übertragen. Aber Weiphol lehnte ab. Nachdem er mehrere Abgelehrte des Fürsten ausweichen gezwungen hatte, fragte ihn Graf Herbert, unter welchen Bedingungen er annehmen würde. Weiphol antwortete: Unter keinen Bedingungen, denn wenn ich auf den ehrenvollen Vorschlag einginge, so wäre das ein Unglück für den Fürsten, für Sie, Herr Graf, für Graf Wilhelm und für mich. Ich würde, von meinem Egoismus getrieben, in kurzer Zeit meine Kräfte aufbreiten, dem Fürsten viel Geld kosten und nichts einbringen.“ So verhandelten wir anderthalb Stunden. Nachher wurde ich durch den Dienst zum Fürsten gerufen, der zu mir sagte: „Weiphol, Sie können abreisen.“ Seither bin ich noch verschiedenes Male in Friedrichsruh gewesen, aber nie mehr hat der Fürst von der Übernahme der Landwirtschaft zu mir gesprochen, aber auch niemals merken lassen, daß er mir die Absehung abgenommen hätte.

1888 wurde Weiphol zum Geburtstag des Fürsten nach Friedrichsruh bestellt. Weiphol stand seinen alten Herrn davon recht leidend. Er erzählte: Der Fürst hatte eine starke Schwellung des linken Fußes und befand sich überwiegend im Bett. Doch sagte er zu mir: „Weiphol, mein Fuß wird höchstens bald besser, dann komme ich im Sommer bestimmt.“ Als ich an seinem Bett stand, sah ich, daß die Heilige Schrift auf seinem Nachttisch lag. Später hat mir Graf Naujahn erzählt, daß er dem Fürsten noch am letzten Tage seines Lebens aus der Bibel habe vorlesen müssen. Auch in Barzin lag die Bibel immer auf dem Nachttisch. Er las täglich in ihr. Ebenso war ihm das regelmäßige Gebet gütig und Bedürfnis. In die Kirche ging er selten. Er scheute die Aufregung, die sein Christentum beim öffentlichen Gottesdienst hervorzuzaubern pflegte

Museumsgeschenk dient, war zwar bis jetzt Eigentum der Kirchengemeinde, das Nutzungsberechtigt stand aber der politischen Behörde zu. Nun ist durch einen Tausch die Kirche, deren Raum zurzeit an die Polizeibehörde für den Betrag von 70 M. jährlich verpachtet ist, nunmehr in den Besitz der Stadtgemeinde übergegangen. Als bleibende Verbindlichkeit soll die Stadt die Befreiung übernehmen, die Kirche nicht zu profanen Zwecken zu benutzen. Dies stand, soweit es nötig werden sollte, Genehmigung. Die ganze Anstrengung soll zur Erhaltung des markwürdigen Bauwerkes dienen; es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß es sehr schwer fallen werde, die Polizeibehörde aus der Wacht des Kirchenraumes hinauszuholen.

Im übrigen fanden Steuerordnungsnachträge verschiedener Gemeinden und Bezirke von geringerem öffentlichen Interesse teils Genehmigung, teils Bestätigung. Beslußwort wurde außerdem die Bildung eines Gemeindeverbandes zwischen der Stadt Zwickau und einigen anderen Gemeinden zu Lehrzwecken.

Deutsche Oberschule.

Im Lehrerinnen-Seminar Dresden veranstalteten sich gestern, Donnerstag, Abgeordnete der Elternschulen von den Deutschen Ober- und Aufbauschulen Sachsen. Auch die Lehrerinnenkammer hatte sich zahlreich eingefunden. Als Vertreter des Ministeriums war Herr Oberregierungsrat Dr. Neuter anwesend. Der Vorsitzende, Oberlehrer Dr. Müller, berichtete über die bisherige Arbeit des Dresdner Oberschulamtes und gab gleichzeitig einen Überblick über den jetzigen Stand der sächsischen Ober- und Aufbauschulen. In der Ansprache hierüber brachte Dr. Siechner, Amstett, den Dank, die völlige Zustimmung und die Bitte der Versammlung, in diesem Sinne weiterzuarbeiten, zum Ausdruck. Der Vertreter des Ministeriums übermittelte die Grüße der obersten Schulbehörde, begrüßte die Tätigkeit der Elternberäte und gab über noch vorhandene Unklarheiten dankenswerte Ausklärungen. Im besonderen wies er auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die sächsische Regierung bei den Verhandlungen mit den Ländern und verschiedenen Organisationen zu kämpfen habe. Bei der Umwandlung der Seminare waren nicht nur theoretische und pädagogische, sondern auch wirtschaftliche (sclae Städte) Entscheidungen maßgebend. Verschiedene Elternvertreter brachten ihre Voransäge im Hintergrund auf die auch leicht noch etwas unklare Verhältnisse in der Oberschulfrage zur Sprache. An der arbeitsreichen Tagung wurden folgende Anträge einstimmig zum Beschluss erhoben:

1. Die Elternausschüsse der Deutschen Ober- und Aufbauschulen des Kreisstaates Sachsen schließen sich zu einem Sonderelternausschuß zusammen. Den Vorstand bildet der Dresdner Oberschulrat (Vorsteher Oberlehrer Dr. Müller, Dresden), 10, Rückertstraße 44.

2. Der Landeselternausschuß der Deutschen Ober- und Aufbauschulen Sachsen bitten die Abgeordneten des Landtages, sich für die grundsätzliche Hochschulberechtigung des Professors A. einzutragen, mindestens aber eine gesetzliche Gleichbehandlung der inschulichen mit den thüringischen und hamburgischen Verhältnissen baldigst herzustellen.

3. Unbeschadet der endgültigen Regelung der Hochschulfrage für Prof. A sind die verarmten Eltern der Meinung, daß die besonderen Einzelberechtigungen dieses Professors vor allem sofort geöffnet werden müssen, und bitten daher das Ministerium um baldige entsprechende Mitteilungen.

4. Der Landtag wird gebeten, zu beschließen: Die Eltern haben in der Wahl der Schule für Ihre Tochter volle Freiheit.

— **Grenzzonen.** Im Bereich der inneren Verwaltung sind befördert worden: Dr. Knapp, Ridda, Dr. v. Simmern, Dr. Pöllau und Dr. Gold zu Regierungsräten in Gruppe XI; Dr. Probst, Dr. Hölling, Dr. Kämpfe, Dr. Groß, Dr. Nothe, Schulte, Noth, Sonder und Nusek zu Regierungsräten. Als Regierungsassistenten wurden angestellt: Dr. Jenauer, Dr. Fischer, Dr. Kaiser, Dr. Dehmig und u. Graushaar.

— **Konsulnreisen.** Dem zum seitländischen Honorarkonsul in Dresden ernannten Jakob Henmann in Dresden ist namens des Reichs das Exequatur erteilt und dem bisherigen Königl. Dänischen Konsul in Leipzig, Christian Edmund Friedrich Jan, ist der persönliche Name und Titel eines Königl. Dänischen Generalkonsuls beigelegt worden.

— **Deutsche Konsolidierung.** Für die Sammlung gingen weiter an gehobenen Spenden ein: 200.000 M. von der Dresdner Bank, 50.000 M. Kunstanstalt Wien, 40.000 M. Mönniger & Jonas, 30.000 M. Lehmann & Co., 12.000 M. von Böhme & Hermann, 20.000 M. von Hugo Höglund Nachfolger, je 10.000 M. von der Aktiengesellschaft Oskar Müller, den Kreisrathsherrn für Schwedisch-Friesland von Hugo Redlin und der Frauenapotheke, 24.500 Mark von der Sächs. Draht- und Metallwarenindustrie. Um einen Überblick über das bisherige Sammelergebnis zu erhalten, werden die Kassen- und Sammelstellen gebeten,

die bis Ende des Jahres eingegangenen Beiträge an das Bankhaus Brüder Arnhold auf das Konto der Deutschen Konsolidierung abzuführen. Die Sammlungen innerhalb der Organisationen sind noch lebhaft im Gange.

— Die Allgemeine Krankenkasse für Dresden veröffentlicht im Angehorigen dieser Nummer eine Bekanntmachung über eine neue Höchstgrenze des Grundbetrags, neue Wohnstufen, Versicherungspflicht von Handgewerbetreibenden, neue Wohnstufen für die Invaliden- und Unterhalteversicherung u. a.

— **Der Handel am Silvester- und Neujahrstage.** Am

31. Dezember dienten die Gründler der Weinschänke und Delikatessen, der Bild- und Gesäßhändler, der Blumenhändler, der Zigarrenhändler, der Feinkosthändler und der Schokoladenhändler von 11 Uhr bis 6 Uhr, der Buch- und Zeitungs- und Neujahrszeitungshändler sowie der Zeitungs- und Neujahrszeitungshändler von 11 Uhr bis 9 Uhr und am 1. Januar der Weißbrotbäckerei der Blumenhändler von 11 bis 2 Uhr offenhalten und während dieser Zeit Geschäfte, Lehrstellen und Arbeitsbeschaffungen.

— Der sächsische Kriegsgefangene Otto Neuter nicht befreigesetzt. Obwohl alle Bemühungen für den Empfang des letzten, vom Präsidium der französischen Republik begabteten erzgebirgischen Kriegsgefangenen Otto Neuter aus Ehrenfriedersdorf getroffen worden waren und die Behörden bereits mitteilten, daß Neuter am 24. Dezember in Ehrenfriedersdorf eintreffen würde, sind doch noch in leichter Stunde alle Hoffnungen unverlässlich geworden. Die anderen mit Neuter in Toulon gefangen gewesenen vier deutschen Kameraden reisten bereits am Freitag in Toulon ab und sind, wie schon gemeldet, inzwischen auf deutschem Boden angelangt, während Neuter, der sehr leidend und infolge seiner Operation nicht transportfähig sein soll, nicht mitkommen konnte. Nach der letzten amtlichen Nachricht aus Berlin soll die Heimkehr in kurzer Zeit erfolgen. Die Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Inf.-Regts. Nr. 101 in Annaberg ist erneut an das Ministerium herangetreten mit der dringenden Bitte, Neuter auf Kosten des Reichs durch einen Regist vom Schweizer Notenkreis untersuchen zu lassen, um über dessen Zukunft Näheres zu erfahren, bzw. Neuter, wenn irgend möglich, in ein deutsches Hospital an der Grenze unterzubringen.

— Über die Polizei-Eperantisten-Bewegung teilt uns das Preßamt des Polizeipräsidiums folgendes mit: Die Eperantobewegung macht mit Hilfe der neuerrichteten herausgegebenen Welt-Polizei-Zeitung „La Police“ unter Polizeibeamten vieler Länder weltweite Fortschritte. Den offizielle Organ des Welt-Polizei-Bundes, Centralabteilung Budapest 12, Hellbrunn 50, IV, 8, hat in mehreren Ländern und Orten bereits Nebstdienststellen errichtet. In Dresden befindet sich eine solche im Polizeipräsidium, 3. Geschloß, Geschäftsbüro 181. Die spanische Polizei hat Eperanto sehr in Polizeischulen ähnlich eingeführt. Portugiesische Polizei und Staatsbehörden bereiten unter dem Protektorat des Chefs der gesamten spanischen Polizei, des Herrn M. Villaseca de Prado, den 1. Polizei- und Weltkongress mit Verwendung der Eperantosprache für 1928 nach Madrid vor. Zu einem weiteren für 1924 werden Vorbereitungen in Wien getroffen.

— Aufgeklärter Totaleffekt. In der Nacht zum ersten Weihnachtsfeiertag war aus einem Fremdenzimmer eines Hotels in der Neustadt verdächtiges Stöhnen gehört und darauf die Polizei benachrichtigt worden. Die Polizeibeamten fanden in jenem Zimmer den Arzt Dr. Kötterle-Kola angekleidet, jedoch mit einer schweren Schadelverletzung neben dem Bett liegend auf. Da Kötterle vorher gezeigt und viel Geld gezeigt haben soll und 14 Uhr er auch wertvolle Schmuckstücke trug, lag der Verdacht nahe, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Die Nordkommission des Dresdner Polizeipräsidiums stellte jedoch umfangreiche Erörterungen an mit dem Ergebnis, daß kein Verbrechen vorlag, sondern daß sich der Arzt die Schädelverletzung durch Sturz zugezogen haben muß. Nach der Rettung war Kötterle bald dem Krankenhaus zugeführt worden, dort trat aber der Tod ein. Am Donnerstag wurde der Leichnam von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben.

— Neues Volksbad in Vorstadt Plauen. Nachdem die Um- und Erneuerungsarbeiten in der Badeanstalt in Vorstadt Plauen, Gottschee-Straße 18, beendet sind, wird das Bad am 2. Januar 1922 dem öffentlichen Verbrauch übergeben, so führt die Bezeichnung: Städtisches Volksbad, Gottschee-Straße 18 (Vorstadt Plauen).

— Eine nachtkalte Weihnachtsfeier bereitete die

Direktion des Central-Theaters 70 Kindern des Kinderverpflegungs-Hospitals Gottschee, indem sie diesen Armuten der Armen Sonne und Freude durch den Besuch des Weihnachtsmärchens „Die Märchenblume“ brachte.

— Berechnung der Gebühren für Fernschriften. Seit

die Fernsprechteilnehmer Groß-Dresdens ist zur schnellen Ermittlung der Fernsprechgebühren eine „Überlast“ zur Berechnung der Gebühren für Fernschriften“ herausgegeben worden. Mit Hilfe einer der Überichtsbelastungen Gebührentafel kann der Teilnehmer, unabhängig von einer höheren Gebührenänderung, die Gebühren seiner Fernschriften ablesen. Die Überlast kann an den Postbehältern bezogen werden.

— Kunststadt zu erhalten, verdient das Vorzeichen der Leiterschaft am Konseratorium weiternehmende Unterstützung.

— **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opern-

haus: „Die Zauberflöte“ (7); Schauspielhaus: „Und

Blüte tanzt“ (18); Neuköllner Schauspielhaus:

„Die Blaue Königin“ (14), „Biancoven“ (18); Neuköllner Theater: „Der Edelweißknopf“ (14), „Brasoula“ (18) Uhr.

— **Mittelungen der Städtischen Theater.** Opernhaus:

Sonnabend (18) „Salomé“ mit Bergstrom (Herodes), Irmgard Tervant (Herodias), Eva Plaschke (Salomé), Plaschke, Ascanio, Bildhagen (Barabbas). Musikalische Aufführung: Busch. Samtige Blüte müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden. — Auch die Aufführung der „Fledermaus“ am Silvesterabend leitet Fritz Busch. Der Vorverkauf für diese Vorstellung, der an den Vorverkaufsställen bereits im Gang ist, beginnt an der Opernhausfassade morgen, Sonnabend, vorm. 10 Uhr; der Vorverkauf für die „Weihnachtssänger“ am 1. Januar beginnt den Theaternächten des Invalidenbantes und Dresdner Werkbundvereins ebenso wie an der Opernhausfassade Sonnabend, am 31. Dezember.

— **Schauspielhaus:** Heute, Freitag (18), das Glas-

hüttenmädchen „Und Blüte tanzt“ von Verhart

Hauptmann in der Inszenierung des Dichters. — Morgen, Sonnabend (19), Goethes „Faust“, 1. Teil, mit Friedrich Lindner als Faust, Louis Mehnert als Mephisto und Antonia Dietrich als Gretchen.

— **Konsolidierung.** Heute, Freitag (18), Übungssabend im Palmenhaus.

— **Beratungen.** Hans Kübler gibt am Neujahrstag,

7. Uhr, im Künstlerhaus wieder einen besseren Vierabend-

neues Programm.

— **Residenz-Theater.** Zur deutschen Uraufführung ge-

langte Lehár's dreiläufige Operette „Brasoula“ und

gewann dank der flotten Aufführung einen ziemlich starken Erfolg. Die Verfasser des Textbuches Willi Meier-Lieblich behandelte das Problem der Liebe mit ihrem

Wandel zum Hass und umgekehrt. Im Mittelpunkt des Geschehens steht die Tiefelei in einer temperamentvollen Schönheit, stolz wie eine Königin, roßig und ehr und rachelstern, die die Männer zu quälen versteht, eine Rosen-

natur mit ganz spiven Krallen. Ihren Falschläufen erliegt der leidende Armand, der Verlobte Dollus. Bei dem

Spie mit dem Feuer lebt wahre Liebeblut in ihr auf.

Doch verirrt Armand die Dame. Sie folgt ihm nach Paris und weist den Weg in seine vornehme Wohnung zu

zurück. Doch lohnt die alte Gelbenhaft in der Brust des

—ungen geliebt. Am Dienstag abend gegen 20 Uhr wurde, wie schon gemeldet, auf der Leipziger Straße in der Nähe der Firma Billerow u. Sohn der 20 Jahre alte, im häufigen Verlobtshaus untergebrachte Schneider August Löhner von einem Personenauto überfahren. Er ist an den erlittenen Verletzungen im Friedhofskörper Krankenhaus verstorben. Zur Auflösung der Schuldfrage werden alle Personen, die diesen Vorgang beobachtet haben, umgehend nach der Kriminalpolizei, Blumenstrasse 88, gebeten.

— Die Weisheitslehre endlich gefaßt. Nach umfangreichen Erhebungen ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Tiefe zu erlangen, die in vielfachen Schulen und Kaufmännischen Anstalten aus den Klosteranlagen die Weisheitsberatungen stattfinden. Sie wurden in zwei arbeitslosen 20 und 22-jährigen Jungen, die sich in Klassenzimmern kennengelernt, ermordet und festgenommen. Das erhebliche Weißt verkaufen sie bei kleinsten Händlern, die sich wegen Höchstpreis verantworten haben werden. Durch die Festnahme kommen die Weißt in 18 Schulen und 5 Kaufmännischen und Handelsberufen um zur Eridigung.

— In der Schreibmalerei und Handelskunst des Kreisverbands der Gabelsbergerischen Kurschreibervereine zu Dresden (Marienstraße 20) beginnen Anfang Januar neue Kurse in Schreibmalerei, Kutschieren und Handelskunst. Insbesondere auf Fortbildung für den Eisenbahner. Der Kurs ist eine von der Polizeischule bestehende Wissenschaftsbildungsstelle ausgebildet. In den Vorlesungen werden für die Kursleiter ausgebildet. Die Kursleiter sind in den Vorlesungen beauftragt. Die Mitgliedschaft ist niedrig im Preis.

— Der Domänen-Gesellschafts-Verein „Gabelsberger“ nahm in seiner anhörenden Hauptrichter-Versammlung am 6. Dezember die vom Vorstand durchgeführte neue Satzung einstimmig an. Die Vorstand, Dr. Leonore Richter, erhielt den Preis über das 14. Vereinsjahr. Die Universitätsfeier wurde durch Vermittlung neuer Freunde ausgetragen. Neuerlicherweise kursiert in den Vorlesungen ein Kurs für die Domänen-Gesellschaft. Die Domänen-Gesellschaft ist ausgebildet. Die Mitgliedschaft ist niedrig im Preis.

— Der Domänen-Gesellschafts-Verein „Gabelsberger“ nahm in seiner anhörenden Hauptrichter-Versammlung am 6. Dezember die vom Vorstand durchgeführte neue Satzung einstimmig an. Die Vorstand, Dr. Leonore Richter, erhielt den Preis über das 14. Vereinsjahr. Die Universitätsfeier wurde durch Vermittlung neuer Freunde ausgetragen. Neuerlicherweise kursiert in den Vorlesungen ein Kurs für die Domänen-Gesellschaft. Die Domänen-Gesellschaft ist ausgebildet. Am 1. Januar 1922 nahm der Domänen-Gesellschafts-Verein „Gabelsberger“ die längst als ausgestorben geltende Domänen-Gesellschaft wieder auf.

— **Teutonic Legionär-Versicherungsbureau, Berlin.** Wie uns die kleine Versicherungsbank Concordia mitteilt, nimmt der unter Reichsbehörde stehende Teutonic Legionär-Versicherungsbureau von jetzt an Anträge zur Versicherung von Sterbegeiz der Erb- und Heiratsverhältnisse ohne ärztliche Untersuchung bis zur Höhe von 100.000 M. entgegen.

— Eine Nachtwachtung, wie sie unlängst im Übernahmeland verfallen land, veranlaßt in der Nacht zum heutigen 20. Dezember die Direktion der „Teufelsküche“ in Vorstadt Weißer Hirsch, dass die Vorlesungen zum Besten der notleidenden Eltern einstimmig beheimatet ist, ist nur hervorgehoben, daß es der Direktion gelungen ist, Maximilian Weißkittel und Prof. Adolf Wolf vom Staats-Schuhspielhaus, sowie Kommissar Hans Nagel zur Verpflichtung, so daß es nichts 1 Uhr beginnende Aufführung des Weißkittels reiche und relativ wenige verhindert.

— Im Abendholz-Theater geben am 1. Januar abends 18 Uhr die Dresdner Archäologen eine Vorstellung mit einem herrlichen Weihnachtskonzert.

Vereine und Veranstaltungen.

— Ergebliches Weihnachtsspiel. Denis, Breitling, 8 Uhr, siehe Aufführung des Schönburg-Cranachischen Weihnachtsspiels der Cranach-Gemeinde im Vereinslaube, Almendorfstraße 17, unter Leitung von Oberstaatsrat Seimer. Eintrittskarten in den Kirchenkasse, Neumarkt 8, und an der Abendstube.

Die Cranach-Gemeinde veranstaltet morgen Sonnabend, 7 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses, Bismarckstraße 17, eine Weihnachtsfeier mit Vorlesungen des Cranach-Gesangs- und Polonensclubs und des Postkunstbundes der Cranach-Gemeinde sowie Jugendbundes für entstehendes Christentum und der Freiheit.

— Und der Kinderchor, Weihnachtsfeier im Weißland, 18 Uhr, Weihnachtsfeier im Käthe-Kollwitz-Haus. Die Käthe-Kollwitz-Gesellschaft mit Abendmahl wird vormittags 10 Uhr stattfinden.

— Weihnachtsfeier. Am Silvester wird außer den Postleitern 1610 Uhr Vater Alex. Pöhl und 18 Uhr Vater Max. Pöhl. Mittwochabend 18 Uhr Vater Max. Pöhl. Vater Max. Pöhl ist der Vater der Kinderfeier. Weihnachtsfeier im Weißland, 18 Uhr, Weihnachtsfeier im Käthe-Kollwitz-Haus. Die Käthe-Kollwitz-Gesellschaft mit Abendmahl wird vormittags 10 Uhr stattfinden.

— Weihnachtsfeier. Am Silvester wird außer den Postleitern 1610 Uhr Vater Max. Pöhl und 18 Uhr Vater Max. Pöhl. Mittwochabend 18 Uhr Vater Max. Pöhl. Vater Max. Pöhl ist der Vater der Kinderfeier. Weihnachtsfeier im Weißland, 18 Uhr, Weihnachtsfeier im Käthe-Kollwitz-Haus.

Kleine städtische Nachrichten.

— Die Kreuzkirche hält am Silvesterabend ihren Elternottesdiensst abends 11 Uhr. Er ist jedoch, daß die Gläser des Kreuzkirchen die Gemeinde aus dem Weihnachtsland eine neue Macht hinzugewonnen. Die Kreuzkirche hält Zusatz. Dr. Möbius. Außerdem findet über obiges Osterfest mit Abendmahlstelle statt. Predigt Vater Max. Die städtische Silvesterfeier mit Abendmahl wird vormittags 10 Uhr stattfinden.

— Weihnachtsfeier. Am Silvester wird außer den Postleitern 1610 Uhr Vater Max. Pöhl und 18 Uhr Vater Max. Pöhl. Vater Max. Pöhl ist der Vater der Kinderfeier. Weihnachtsfeier im Weißland, 18 Uhr, Weihnachtsfeier im Käthe-Kollwitz-Haus.

— Kleine städtische Nachrichten. — Die Kreuzkirche hält am Silvesterabend ihren Elternottesdiensst abends 11 Uhr. Es ist jedoch, daß die Gläser des Kreuzkirchen die Gemeinde aus dem Weihnachtsland eine

Die neuen Eisenbahnjahrpreise.

Wie wir bereit in der letzten Mittwoch-Nummer mitteilten, tritt ab 1. Januar 1922 eine übermalige Erhöhung der Fahrpreise ein. Wir bringen nachstehend eine Zusammenstellung der dann gültigen Fahrpreise nach den wichtigsten städtischen und außerstädtischen Stationen.

Nach städtischen Stationen:

	km	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	5. Kl.
Werdorf (B.) ab Freiberg-Thalb.	196	2400	1200	780	
Altenburg, ab Freiberg-Chemn.					
Wiesau-Görschnitz	144	1750	880	580	
Knornberg am. Böh.	111	1850	980	480	
Neustadt (E.) ab Freiberg-Thalb.	122	1000	500	340	
Bad Schandau, ab Freiberg-Thalb.	190	2400	1200	600	
Bautzen	40	480	240	160	
Bischofswerda	59	720	360	210	
Großschönau, ab Freiberg	40	480	240	150	
Döbeln, ab Meissen	81	980	480	320	
Überbach	56	800	400	270	
Altenburg	68	880	410	280	
Freiberg	41	500	250	170	
Wilsdruff-Altenberg	48	580	300	200	
Bad Schandau, ab Freiberg	118	1400	680	480	
Börblitz	104	1250	640	420	
Grimma ob. Böh. ob. unt. Böh.					
ab Meissen	101	1250	620	410	
Kamenz, ab Pulsnitz	49	600	300	200	
Leipzig	87	450	230	150	
Königstein	36	420	210	140	
Pelplin, ab Niesa ob. Meissen—Leipzig					
Leipzig	118	1450	720	480	
Plauen	80	600	480	320	
Molter	22	270	140	88	
Meissen ob. Meissen-Triebischthal	27	320	170	110	
Neustadt (Sax.) ab. Röthen	80	1100	540	300	
Rositz, ab Meissen ob. Wilsdruff	46	580	280	190	
Überwitzenthal	137	1050	840	500	
Oelsnitz	66	600	400	270	
Pirna	18	220	116	72	
Plauen (W.) ob. Böh. ab. Freiberg	177	2200	1100	720	
Naumburg	21	260	130	84	
Naumburg	27	330	170	110	
Weida (W.) ob. Böh.	152	1850	920	620	
Niesa	52	640	320	210	
Schwarzenberg, ab Annaberg					
ob. Freiberg-Thalb.	110	1700	840	500	
Gebhard, ab Bad Schandau	50	680	340	230	
Tharandt	14	170	84	58	
Waldheim, ab Meissen	76	920	480	310	
Wilsdruff	18	220	116	72	
Burzen, ab Niesa	98	1150	500	380	
Altan	108	1300	600	400	
Waidau	129	1500	780	520	

Nach außerstädtischen Stationen:

	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	5. Kl.
Berlin	179	2200	1100	720
Braunschweig	324	3000	1550	1200
Bremen Böh.	510	6200	3100	2100
Breslau Böh.	270	3500	1050	1100
Cassel	374	4500	2200	1500
Cottbus, ab. Pulsnitz	114	1400	720	400
Düsseldorf	646	7800	3800	2800
Frankfurt (Main)	501	6100	3100	2100
Halle	156	1000	480	310
Hannover	429	5700	2600	1800
Karlsruhe	640	7800	3800	2800
Kiel, ab. Hamburg	578	7000	3500	2100
Linden	748	6000	4500	3000
Magdeburg	228	2900	1450	880
Mainz	500	7100	3800	2400
Minden	544	6000	3500	2200
Nürnberg	401	4900	2500	1670
Nordhausen	406	4200	2000	1350
Salzburg, ab. Landsh.-Mühl.	605	7200	3800	2400
Sicilien	314	8800	1000	1200
Stuttgart, ab. Hof-Nürnberg	603	7200	3800	2500
Weimar	214	2000	1800	800
Würzburg	407	5800	2700	1750

Die Preise für Schnellzüge auf Langstrecken bestimmen: In Zone 1 für 1 bis 75 Kilometer in 2. Kl. 400 Pf. in 2. Kl. 200 Pf., in 3. Kl. 100 Pf. In Zone 2 für 76 bis 150 Kilometer in 1. Kl. 800 Pf. in 2. Kl. 400 Pf. in 3. Kl. 200 Pf. In Zone 3 für über 150 Kilometer in 1. Kl. 1200 Pf. in 2. Kl. 600 Pf. in 3. Kl. 300 Pf.

Für die Förderung von Kindern wird wie bisher der halbe Fahrpreis 2. Kl. berechnet.

Die Bahnkasse fügt kostet 20 Pf.

Das Bahnkassengeld für Gepäck und Expressgut beträgt je 60 Pf.

Die Aufbewahrungsgebühr für Handgepäck beträgt 20 Pf.

Als einige Christweisen aus dem 14. bis 18. Jahrhundert. Ein kleiner Christkinder erfreute mit seinem Streichbeitrag durch die treulich geführte Wihnnacht-Sinfonia paduae von Francesco Manfredini (1688), und Hermann Klemm bot den Orgelchoral "Vom Himmel hoch", erst in der strengen Fassung von J. C. Bach, dann in der älteren, wunderlichlichen von Johann Pachelbel (1653-1708) und spielt Bachs Fantasie in d-Dur sowie Praeambulum mit Hymne von Vincent Vibed (1654-1740). Die dankbare Kirche hat ihrer Ergriffenheit durch vollzogene Teilnahme am Gemeindegesang fund.

Der neuzeitliche Staatsschatz. Zum Nachwirken des zurückgetretenen Generaldirektors der staatlichen Archiv-Büros Dr. W. v. Jochner ist der bisherige Staatsarchivar am Hauptarchiv Würzburg Dr. Otto Biedner ernannt worden. Er hat sich vor allem mit der pädagogischen Rechts- und Archivgeschichte beschäftigt und während des Krieges an wichtiger Stelle der Auslands-

genutzt.

Eine kulturrelle Tagung ist, wie uns aus Jenos geschrieben wird, für die Zeit vom 4. bis 8. Januar 1922 von der Volkschule für Schriftkunst in Aussicht genommen. Es soll dabei die geltende Lage der Wegewart behandelt werden, und es soll Arbeitsgemeinschaften vorgelesen über "Die händische Kultur und die geistige Lage der Arbeiterschaft", "Die ländliche Kultur und das Bauernum", "Jugend und Jugendbewegung", "Die Kritik der Wissenschaft", "Die Kritik der Weltanschauung" und "Die Kritik der Erziehung". Die Tagung, die gewissermaßen eine "Soziologie des Bildungswesens" geben will, ist allen Männern und Frauen angänglich, die in der Bildungsarbeit in anderen Formen politischer oder sozialer Tätigkeit stehen.

Carl Schuhmachers längstes Bühnenwerk mit dem seltsamen Titel "G" erzielte im Wiener Deutschen Volkstheater lebhafte Wirkung. Die einzelnen und überaus schwierigen Rollen dieses Stücks, "G" und "Z", wurden von Anton Edthofer und Eusebius Hößlich so durchdacht und vorbildlich dargestellt, daß dem Dichter Schuhmacher einer seiner verdientesten Erfolge erwuchs.

Wilde "Torian Gray" als Theaterstück. Immer häufiger werden berühmte Romane auf die Bühne gebracht, um durch den Sturm dieser Werke die Zuschauer ins Theater zu rufen und dasjenige, was auf epischen Weise nicht anschaulich genug geschildert wurde, in dramatischer Form vor Augen zu führen. Stanislavski hat mit seiner "Dramatisierung" von Dostojewskis "Brüder Karakozow" den Anfang gemacht und findet immer mehr Reaktionen. Der zweite

Jahresschlusssitzung der Stadtverordneten.

Dresden, 28. Dezember 1922.

Das Stadtverordneten-Kollegium hielt heute seine 28. öffentliche Sitzung ab, die siehe im Jahre 1922.

Vom Rat wird auf den Antrag der Stadtverordneten, die im Reichsmietengesetz vorgesehenen Hundertläge möglich auf Grund von Vereinbarungen zwischen Mieter- und Haushaltsgesellschaften einzutragen, mitgeteilt, daß er die Hundertläge auf Grund eigener Prüfung habe feststellen müssen, da eine Einigung zwischen den Organisationen der Mieter und Vermieter nicht zu erzielen gewesen sei.

Schriftführer Gösser (Soz.) gibt darauf eine Erklärung zu den Angriffen auf den Oberbürgermeister in der letzten Sitzung ab. Wenn er ausgeführt habe, Oberbürgermeister Blüher habe seine Partei bewußt verleumdet, so habe er damit lügen wollen, daß er den Artikel des Oberbürgermeisters im "Dresdner Anzeiger" vom 8. November als eine Bekämpfung seiner (des Redners) Parteigenossen und der sozialistischen Regierung ansiehe. Es habe ihm ferngestanden, Herrn Oberbürgermeister nachzuholen, daß er bewußt die Unwahrheit gesagt habe.

Die Körpermacht nimmt abdann Stellung zu einem Antrage des St. V. Gübel (Komm.), 1. bei der Reichsregierung entschiedenen

Protest gegen die Erhöhung der Geltungspreise auf das Gesetz des gegenwärtigen Preises zu erheben, ferner den Rat zu erfordern, sich diesem Vorgehen anzuschließen und 2. durch Bereitstellung von Mitteln rechtliche Befreiung vorzunehmen, so daß bevorstehend die Minderbemittelten und den Kreis der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die durch die Erhöhung des Preises in schwere wirtschaftliche Bedrängnis geraten, Brot verbilligt oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden kann. — St. V. Dr. Mittmann (D.A.) legt dar, daß es sich um eine Angelegenheit handle, die in den Reichstagen gehabt. Der Antrag erläutert lediglich agitatorischen Ursprungs. Es kommt in erster Linie darauf an, die Produktion zu erhalten und zu steigern. Das werde mit dem Antrag nicht erreicht. Seine Fraktion schneidet den ersten Teil des Antrags ab, wobei aber dem zweiten Teile zustimmen, obwohl er ältere Freien entneint, da gegen die Not der Minderbemittelten alles gelten werde, was möglich sei. — St. V. Dr. Dienemann (D. W.) steht in dem Antrag keinen Agitationsschluß nach, sondern stimmt ihm zu. Er weist auf den Bruch der Konsolidierung hin. — Der Antrag läuft einstimmig angenommen.

Zwei Delegationskontrakte.

Von dem St. V. Helmke (D. W.) liegt ein Antrag vor, der sich nach den Räthen der Bäume auf dem Grundstück des Bürgerhospital's richtet. — Stadtrat Schöne bemerkt, daß das Räthen einer Anzahl von Bäumen notwendig geworden sei, um den Obst- und Birnenbaumbestand nicht zu gefährden. Es sei Sündhaft zu Rate gezogen worden. — Der Antrag läuft einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht des Stadtverordnetenvorsteher.

Über die Tätigkeit des Kollegiums und seiner Abteilungen in ablaufenden Geschäftsjahren. Vorsteher Wirth führt unter anderem aus:

Ein Jahr, reich an Arbeit und Sorge, liegt hinter uns. Nur der Aufspaltung der Damen und Herren des Kollegiums ist es zu danken, daß all die Vorbereitungen und Anträge erledigt werden konnten. Wenn es dem Kollegium nicht möglich war, allen Wünschen zu entsprechen, so lag es wirklich nicht an seinem guten Willen, sondern an den außerordentlich schwierigen Verhältnissen, unter denen es arbeiten mußte. In dieser Linie sind es die finanziellen Schwierigkeiten, die unserem guten Willen Grenzen setzen. Unser städtisches Steuerwesen ist benannt, und die Mittel, die uns der Staat aus dem Reichssteuer überweist, reichen bei weitem nicht aus, um den großen Anforderungen, die an die städtische Verwaltung gestellt werden, zu entsprechen. Wenn wir hierbei an die gesamte Wohnbauförderung denken, daß kleine und schlechte Häuser hätten wir aufzubringen müssen, um nur einmaligen die Not zu lindern, unter der keine Lösung zu finden haben. Eine ebenso dringende Aufgabe ist die Beschaffung von Wohnungen. Trotz Reichs- und Staatszufluss sind wir nicht in der Lage, das Wohnungsvorland zu beseitigen, im Gegenteil, die Beschaffung von Wohnungen wird durch die fortwährend steigenden Baupreisen immer schwieriger. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die heutigen Wohnungsverhältnisse für unsere Stadt in grundlegenden und stilistischen Beziehungen eine Gefahr bilden. Die Sorge um die Arbeitslosen beschäftigte das Kollegium fast ununterbrochen. Wenn ihre Unterstützung auch Reichsseite ist, so war das Verwaltung

Bericht dieser Art ist eine Theaterbearbeitung von Oskar Wildes berühmtem Roman "Torian Gray", der in Paris in der Comédie des Champs-Elysées von Rojère und Michouison auf die weiblichen Bemühungen der Prostitution gebracht wurde. Die Geschichte ist in acht Bildern zerlegt, und die Handlung des Theaterstücks folgt in allen Einzelheiten den Vorgängen des Romans. Einzelne Szenen der spannenden Geschichte, besonders die phantastischen und grausigen Vorgänge, werden auf der Bühne geschildert dargestellt, so daß das Stück einen Erfolg hatte.

Die Münchner Räthe haben die Münchner Räthe für Unterricht, Dr. Schneider, in eine Dokumentation umgewandelt werden, die dank ihrer Lehrkräfte an einem Institut von Weiters gebraucht werden soll. Insbesondere muß Richard Strauß für die Meisterschule für Komposition an gewinnen. — Die Münchner Räthe für Unterricht und Weiters benötigen die Münchner Räthe für Unterricht, Dr. Schneider, um 20. Dezember ihren 85. Geburtstag.

Adolf v. Hildebrandts letztes Werk, der monumentale Vater-Mein-Brüder-Wappen, wurde auf dem Rathaus-Wappen in Berlin aufgestellt. Die Brunnengruppe besteht aus der liegenden Figur des Vaters Mein, der rechts und links von seinen Söhnen flankiert ist. Das von Hildebrandt nicht mehr vollendete Werk wurde von seinen Schülern übernommen, den Professoren Sattler und Weigel, fertiggestellt. Wie Oberbürgermeister Dr. Adenauer in seiner Eröffnungsrede erinnerte, ist die Gruppe von dem Gedächtnisdenkmal Andreae gestiftet worden. Die Aufstellungs- und Transportkosten haben die Stadt und der Deutsch-Englische Federer-Verein aufgebracht.

Konzertdirektion F. Ries (F. Möller).
Neujahrstag 1.8 Kinotheater
Helleres und Hellerstes gesungen von Karin Sänger Hans
Rüdiger
— Neues Programm —
Am Freitag: Dr. A. Gritz.
Karten: F. Ries, Sonnenstraße 21.

SARRASANI
Täglich 7.30 Uhr.
Sonntag, Silvester, auch 3 Uhr.
Montag, Neujahr, auch 3 Uhr.
Grossspiele
Ausstattungs-Zehnstück
Winter-Märchen
Verkauf: Circushaus des Residenz-Kaufhauses
Nachmittags Kinder halbe Preise.

Ymians Shalia-theater
Tymians berühmter Weihnachtsspielplan
Weihnacht in der Waldhütte von Jungblut,
Das 1. Gewitter. Reitender Skater v. O. Gruner.
Ein Schläger folgt dem andern. Glänzend!

Kaffee König
Erdgeschoss
Vom 20. bis 31. Dez. (Silvester)
Gastspiel
des bekannten Orig. russ.-ukr.
Balalaika-Orchesters
Nachmittags und abends.

Hotel Nord
Silvester-Feier
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten

Ball-Anzeiger
für Freitag den 29. Dezember:
Eldorado Sternk. Freiherrn, 1., 8., 12., 18., 19., 20., 1. Lang Wein-Welt. Süßenkiste, Tanz-Sch. Kuhbach.
Paradiesgarten Dresden befriedigte Tanzpartie.
Wohlfahrt Wohlwähigkeitsball.
Wohlfahrt Tanzpalast Die Welt im Märchenland
Ungarische Kirche im Märchenland
Dresden 10 u. 15 Verstärkte Kapelle.

Gebisse Zähne
Warum lassen Sie Ihre allen, jetzt viel Geld bringenden
Gebisse Zähne auslosen liegen? Eßländiger Einbau bei
W. A. Korte, Weißeritzstraße 20.
Gebisse Zähne sind einzeln
auslosen liegen? Eßländiger Einbau bei
W. A. Korte, Weißeritzstraße 20.

Felle
auch Schafwolle u. Mohair
heute von Schäfern, Fächer, Händlern und Läden
A. Wolf, Böhmis. Str. 37. Fernspr. 28145.

Alttümer
Meißner Porzellan
Stern, Gold- u. Silber-Gegenstände, Vasen, Figuren,
Brillanten
Gold- und Silbergegenstände kaufen und verkaufen gut
Bauer & Kinsel, Str. 18, part.
Telefon 31-43.

Hören Sie mein Angebot für
Brillanten, Perlen,
Juwelen aller Art,
Gold-, Platin- u. Silber-Gegenstände, sowie
Bronze-Uhren und Meißner Porzellan.
Lassen Sie mir Ihren Schmuck abholen!
ATLANTIK
Frauenstraße 2a, II., am Altmarkt.
Telefon 1820.

Gebisse, Silber-, Gold- u.
Platinjachten,
Brillanten, Perlen, Tüpfel bestickt
Führer, Schlossstr. 10, im Goldwarengeschäft

Elektromotoren
und Dynamos
für Bauarbeiten, Leistung ab
1000 Watt, 1000 Volt, 1000 Volt.
Henn & Co., GmbH.
Dresden-A. Schillerstraße 10.
Telefon 11405. Tel.-Nr. 100000.

Königs-Diele.

Zur
Silvester-Feier
in Diele und Weinrestaurant
wird um rechtzeitige Tischbestellungen gebeten.
Am 31. Dezember und 1. Januar
Mittags-Gedecke und Tafelmusik.

Regina-Palast
Waisenhausstraße 22
Tanz und Kabarett
Große
Silvester-Feier

Tischbestellungen werden in der Zeit von
10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends
im Büro entgegengenommen.

Telephonische Bestellungen können nicht be-
rästigt werden.

Exzelsior-Diele
Zur
Silvester-Feier

Tanzdarbietungen
Jazz-Band
Auserlesene Küche
Soupers

Tischbestellungen frühzeitig erbeten
Teephon:
Vorm. 19330 nachm. 27339

Palast-Hotel Weber, Dresden
am Zwingerpark
Große Silvester-Feier
Sonntag den 31. Dez. 1922 abends 11.30 Uhr in sämtl. Räumen und im
Hummerkeller
Tischbestellungen im Voraus erbeten. Telefon 25147
A. Panndorf & H. Kämpfer.

21
Trompeterstr. Nr. 21 Trompeterstraße
dicht an der Prager Straße.
Min. vom Hauptbahnhof.
Einkauf von Brillanten
Gold- u. Silber. Gegenständen und Bruch
Zahngebissen und Leihhausscheinen
Annahme von Juwelen u. Schmuckstücken z. Kommissionssatz
Ratliche, diskrete Bedienung
Paul Woll jr. Luxussteuer trage ich
Telephon 19413

Damen-Pelzjackett
Edelfasche zum zu billigen Kaufpreisen.
Stern Juwelen vorbei.
Pelz-Büchtlager Weißer Kirch.
Fernspr. 10, 1. U. 11, 1. Schlesische Zimmer.



Lotte Neumann
in ihrem neuesten 6aktigen Schauspiel
„Tabea, stehe auf!“

Der Leidensweg eines jungen Mädchens
Nach dem gleichnamigen
Roman von Margarete Böhme

Weitere Mitwirkende:
Julia Serda :: **Dora Schilder**
Paul Otto :: **Leopold v. Ledebour**
Hans Heinz v. Twardowski

Beginn der Vorführungen täglich 4. 1/2, 6. 1/2, 8. 1/2 Uhr

Vaterland-Lichtspiele
Freiberger Platz 29
Erstaufführung! Nur noch bis mit Silvester!
Trotz größtem Beifall! Verlängerung nicht möglich!
Wien: Die sterbende Stadt!
Ein Lebensbild aus der Zeit des Weltkrieges und Ende
aus dem einst herrlichen Wien.
Original-Aufnahmen!
Allen Österreichern besonders zu empfehlen!
Einlaß 4, 6, 8 Uhr
Sonntag (Silvester) 11.2.—11.4 Uhr Eltern mit Kindern.
Für Jugendliche genehmigt

Tel. 19520 und 34875
SOLZENBERGS
KÜNSTLERSPIELE
IM TROCADERO
Die vernachlässigte
SILVESTER-FEIER

Tischbestellungen nur gegen Entnahme der Eintrittskarte
vormittags 10—12 Uhr und ab 7 Uhr abends
Gesellschaftslokalität erwünscht

Spiegelmacher
In feiner Zeit
Deutscher Obstwein
oben soll
Cordbeerwein
blume, 100
Heidelbeerwein
rot herz
rot lin
Gehanbeerwein
rot rot
Weiße
Bowlweine
im Bildern
Gefüllten
Gebäuweine
6. Spielhagen
Unterstraße 9
Beuthner Str. 9
August
Förster-Pianos
Dresden
Joh. Georgenallee 13
+ Harmoniums
für alle Zwecke
nur beste deutsche
Fabrikate
Solzenberg
Dresden
Joh. Georgenallee 13
+ Harmoniums
für alle Zwecke
nur beste deutsche
Fabrikate
August Förster
Waisenhausstraße 8
Centraltheater-Passage
Für Silvester!
Riesen-Auswahl im
Schwarz-Artikel
Kanfü-Bombons
Feuerwerk
Kopfbedeckungen
Blattgummis
Spielwarenhaus Zumde
Schleißstraße 22
Trauringe
von 100 Mark an.
Ihren und Goldwerken
offiziell
Edmund Rudolph,
Wettinerstraße 32
Berolina, 1000 Mark
Telefon 18200
Geld
Ding
um
ben

Börsen- und Handelsteil.

Der Kaufmannsstand vor einer Katastrophe?

Nur Kaufmännischen Kreisen wird uns geschehen:

Die Goldentwertung, welche im Sommer dieses Jahres einsetzte und von Woche zu Woche und schließlich von Tag zu Tag phantastischere Formen annahm, hat den Handelsstand nun mehr vor eine Situation gestellt, welche dem Auge gleichkommt. Die meisten Kaufleute haben längst in einem Traum gelebt, aus welchem ein lurchbares Erwachen nie aufzutreten wird. Nur wenige haben jetzt schon das Gefühl dafür, wie arm sie geworden sind. Die meisten können sich noch auf den Bühnen mit vielstelligen Rullen in Papiergeld, über welche sie flugschnell verfügen, aber wenn sie daran gehen müssen, neu einzutreten, merken sie, daß die Bittern nichts mehr bedeuten, und nach seiner Richtung ausreichen, um ihren Geschäftsbetrieb auch nur annähernd auf der Höhe zu halten. Vor allen Dingen vergibt der Kaufmann, welche algarischen Ziffern er dem Staat an Umlaufsteuer, Zwangsabgabe, Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Gewerbe-Neuer schuldig ist. Bis zur Stunde arbeitet er noch mit einem Kapital, welches mit rund 70% dem Staat gehört. Der Staat ist sein Haupthaftiger. Sobald die Stunde gekracht, daß der Staat die Gelder einsammeln wird — und diese Stunde führt näher und näher —, wird ihm erstmals zum Bewußtsein kommen, was ihm übrigbleiben ist.

Der Kaufmannsstand ist in dieser Beziehung in einer geradezu furchtbaren Lage. Von den Hauptverbänden treten ihm die schwersten Belastungen am allerhärtesten. Die Landwirtschaft hat ihre Papiergeldgewinne in Verbesserungen ihrer Wirtschaft umwandeln können und wird somit zu den Steuern nur in vermindertem Maße herangezogen. Sie ist also in der Lage, ihre Goldsubstanzen unmittelbar auf dem laufenden zu halten. Dagegen hat die Industrie durch bauliche und industrielle Verbesserungen in einem wesentlichen Teil bei von den drohenden Steuern entlastet und somit ebenfalls ihre Substanz erhalten können. Auch Handwerker und mittlere Gewerbetreibende sind mehr oder weniger in derselben Lage.

Ganz anders der Kaufmann. Dieser arbeitet meistens in gemieteten Räumen, und seine Einnahmen befinden und bestehen aus Papiermark. Sie sind also im wahrsten Sinne Scheingewinne, obwohl das die Möglichkeit besteht, das Papiergeld in Goldsubstanzen umzuwandeln.

Man möge sich vor Augen halten, daß zuletzt im Juni 1919 annähernd jeder Vermögenszuwachs gegenüber dem Vorkriegszeit als Aktiengewinn weggesehen wurde. Wüst 1919 wurde ein weiterer Adelstag durch das Reichsnotopfer vorgenommen. 1920 war ein Jahr, in welchem der Kaufmann sein Kapital in Papiergeld vermischen konnte, jedoch blieb ihm nach Abzug der Steuern kaum ein wesentlicher Überdruck zur Verhüllung der Kapitalanordnung. Auch legte Ende 1921 die neue Einwertung des Geldes ein in einer für damalige Verhältnisse erfreulichen Form. 1922 war das Jahr des Vogelverkaufs und der nächsten Goldentwertung oder besser gesagt der Goldverfälschung. So war ermöglichte dem Kaufmann diese Goldentwertung, da er seine Lager großzügige Einnahmen an Papiergeld erzielte, aber sie sind so in voller Höhe dem Sargriff des Staates ausgesetzt. Man möge aus folgendem ersehen, worin dieser Zugriff des Staates, oder besser gesagt, die Konstitution, bestehen wird.

A. Nach dem bisherigen Einkommensteuergesetz per 1922 bei einem Einkommen von 4 000 000 M. 5 000 000 M. 10 000 000 M. Einkommensteuer 1 975 000 M. 2 575 000 M. 5 575 000 M. Vermögenssteuer 47 000 M. 65 000 M. 164 000 M. Zwangsabgabe 840 000 M. 440 000 M. 940 000 M. Bisherige Hamburger Gewerbesteuer 2% 50 500 M. 51 500 M. 111 500 M. Kirchensteuer ca. 8% 80 250 M. 77 250 M. 167 250 M. 2 400 750 M. 2 217 750 M. 6 066 750 M.

Bei einem Einkommen von 10 Millionen Mark etwa 600 bis 700 Goldmark betrug also in Hamburg bislang die steuerliche Goldabschöpfung etwa 70% des Einkommens. Wenn man jedoch die sogenannten Spesenbeträge betrachtet und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3. Zwangsabgabe für Vermögenssteile bei einem Einkommen über 1 Million Mark 10%;

4. Gewerbesteuer in vielen Provinzen teils 30%, teils 40%, teils 50% des Einkommens, vorweg gerechnet, Schädigungswert 20%;

5. Kirchensteuer, meist 7% der Einkommensteuer, Schädigungswert 4%.

Die sogenannten Spesenbeträge werden also schon bei etwa im Verhältnis zur Goldentwertung sehr niedrig ansteigen und ferner berücksichtigt, daß in den meisten deutschen Städten eine wesentlich höhere Gewerbesteuer besteht — auch in Hamburg soll die Gewerbesteuer erhöht werden —, so ergibt sich für den Durchschnitt der deutschen Länder folgendes ungehöfliches Bild:

1. Einkommensteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 3 Millionen Mark 60%;

2. Vermögenssteuer für Einkommensteile bei einem Einkommen über 10 Millionen Mark 25%;

3

